


197. Sitzung, Montag, 31. Oktober 2022, 08:15 Uhr

 Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 Zuweisung von neuen Vorlagen
- 2. Kaufkraft-Paket II: Runder Tisch Kanton mit Gemeinden zu
 «Unterstützungsmassnahmen»..... 4**
 Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Tobias
 Langenegger (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022
 KR-Nr. 365/2022, Antrag auf Dringlichkeit
- 3. Kaufkraft-Paket III: Temporär günstigere ÖV-Tickets..... 7**
 Postulat Nicola Siegrist (SP, Zürich), Sibylle Marti (SP, Zürich)
 vom 3. Oktober 2022
 KR-Nr. 366/2022, Antrag auf Dringlichkeit
- 4. Strommangellage nicht verschärfen, Ölheizungsverbot
 sistieren..... 9**
 Dringliches Postulat Christian Lucek (SVP, Dänikon), Domenik
 Ledergerber (SVP, Herrliberg), Martin Hübscher (SVP,
 Wiesendangen) vom 29. August 2022
 KR-Nr. 292/2022, RRB-Nr. 1322/5. Oktober 2022
 (Stellungnahme)
- 5. Nachhaltige Datencenter 23**
 Dringliches Postulat Michael Zeuglin (GLP, Winterthur), Markus
 Bärtschiger (SP, Schlieren), Michael Bänninger (EVP,
 Winterthur) vom 12. September 2022
 KR-Nr. 315/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung
- 6. Strategische Kontrolle über die AXPO stärken 37**

Dringliches Postulat Tobias Langenegger (SP, Zürich), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 330/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 331/2022 und 332/2022)

7. AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO 38

Dringliches Postulat Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Christian Lucek (SVP, Dänikon), Beat Bloch (CSP, Zürich), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 331/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 330/2022 und 332/2022)

8. AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten ... 38

Dringliches Postulat Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 332/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 330/2022 und 331/2022)

9. Verschiedenes 66

Fraktions- und persönliche Erklärungen

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Zuerst eine kurze Information in eigener Sache sozusagen: Sie werden heute Nachmittag ab 16 Uhr im Foyer und auf der Tribüne Militärs antreffen. Das ist jetzt keine Invasion aus Liechtenstein oder so, es ist die Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich, die uns besucht und dann bei einem Apéro nach der Sitzung das Gespräch auch mit Ihnen aufnimmt. Nur damit niemand erschrickt. Besten Dank.

Dann kommen wir zur Geschäftsliste. Die FDP-Fraktion stellt bei den Geschäften 6, 7 und 8 der heutigen Traktandenliste je einen Ablehnungsantrag. Aus diesem Grund beantragt Ihnen die Geschäftsleitung die gemeinsame Behandlung der drei Geschäfte. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann gehen wir so vor.

Wird das Wort zur Geschäftsliste weiter gewünscht? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann fahren wir auch da so fort, wie vorgesehen.

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Stellenprozente der Mitglieder und die Zahl der Ersatzmitglieder des Obergerichts**
KR-Nr. 341/2022

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Behördeninitiative KR-Nr. 376/2021 der Gemeinderäte Wallisellen, Dietlikon, Embrach und Freienstein-Teufen sowie der Stadträte Opfikon und Bülach betreffend «Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich»**
KR-Nr. 376a/2021

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 6/2018 betreffend Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Forstwirtschaft**
KR-Nr. 6a/2018
- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 185/2019 betreffend Foodwaste verringern**
KR-Nr. 185a/2019

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 210/2018 betreffend Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen ohne Auflösung des Klassenverbands**
KR-Nr. 210a/2018
- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 262/2019 betreffend Sprachförderung an den Zürcher Gymnasien**
KR-Nr. 262a/2019
- **Universitätsgesetz**
Vorlage 5867

Zuweisung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 332/2020 betreffend Wissenschaftliche Erkenntnisse betreffend spitalbedingter medizinischer Über- resp. Unterversorgung während des SARS-CoV-2 bedingten Lockdowns**
KR-Nr. 332a/2020

2. Kaufkraft-Paket II: Runder Tisch Kanton mit Gemeinden zu «Unterstützungsmassnahmen»

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Tobias Langenegger (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022

KR-Nr. 365/2022, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Postulat wurde mit dem Antrag auf Dringlicherklärung eingereicht. Heute reden wir nur über die Dringlichkeit des Postulats, mit einer Redezeit von zwei Minuten. Also nur um die Dringlichkeit geht es heute.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Die Publikation der Energiepreise 2023 hat gezeigt, dass in einigen Gemeinden und Städten die Energiepreise massiv ansteigen. Um die Folgen abzufedern und die Gemeinden und Städte in dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, wird der Regierungsrat gebeten, einen runden Tisch einzuberufen. Und dies soll er schnellstmöglich tun, da die neuen Strompreise per 1. Januar 2023 gelten und die betroffenen Menschen die Folgen der Erhöhung bereits bei der ersten Abrechnung 2023 spüren werden. Mit dem runden Tisch kann auch verhindert werden, dass es einen Wildwuchs gibt und die Gemeinden auf ganz unterschiedliche Arten mit der Situation umgehen und so quasi eine Stromhilfe-Lotterie entsteht. Anders als der Regierungsrat sind wir der Meinung, dass es hier einen zusätzlichen Austausch braucht und es nicht ausreichend ist, wenn nur Lösungen für Sozialhilfebeziehende ausgearbeitet werden. Daher auch der Antrag auf Dringlichkeit. Vielen Dank für ihre Unterstützung.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Es kommen harte Zeiten auf Menschen zu, die in knappen Verhältnissen leben, 2023 werden die Lebenskosten wahrscheinlich stark steigen. Unser Sozialsystem ist etwas träge. Man redet von Teuerungsausgleich und das wird wahrscheinlich nicht reichen. Es braucht schnelle und auch unkomplizierte Lösungen. Und «schnell» heisst: Die Gesetze reichen nicht, es braucht andere Mittel. Ein runder Tisch erscheint uns sinnvoll. Den runden Tisch braucht es

nicht in zwei Jahren, sondern es braucht ihn jetzt, und daher unterstützen wir die Dringlichkeit.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ohne einige Worte zum Inhalt zu sprechen, ist die Dringlichkeitsdiskussion etwas schwierig. Die zurückliegenden, nicht einfachen Monate haben eines gezeigt: Die Herausforderungen können nur gemeinsam gemeistert werden. In der Folge haben die entsprechenden organisatorischen Massnahmen nicht nur an Bedeutung gewonnen, sondern sie werden auch gelebt, so bei der Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) die kantonale Führungsorganisation mit ihren Untergruppen, zur Bewältigung der Flüchtlingssituation ist ebenfalls eine direktions- und staatsebenenübergreifende Arbeitsgruppe an der Arbeit und jetzt auch für die aktuelle Situation um die Energieversorgung. Das Wort «Energienmangellage» widerstrebt mir deutlich. Hier ist der Führungsausschuss Energienmangellage eingesetzt, er heisst so. Diese Gremien beobachten die Situation, unterstützen Behörden und Private mit Antworten auf auftauchende Fragen. Ihnen allen ist eines gemeinsam – und jetzt sind wir bei der Rolle der Gemeinden: Sowohl der Verband der Gemeindepräsidenten als auch die Sozialkonferenz sind am Tisch; und nicht nur dabei, sie werden gehört und ihre Anliegen werden aufgenommen. Der Austausch ist regelmässig, präzise, wöchentlich – je nach Lageentwicklung –, eine Vorgehensweise, die sich sehr bewährt hat. Und in meiner Rolle als Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidenten bin ich dankbar, dass dem so ist. Ein weiteres überlagerndes Gremium ist nicht nur unnötig, sondern schwächt die jetzt bestehenden und sehr engagierten, zielorientierten Organisationen. Das kann nicht sein, das soll nicht sein.

Wie gesagt, die Dringlichkeit ohne eine inhaltliche Beurteilung zu beraten, reicht nicht. Inhaltlich haben wir die Voraussetzung für entsprechende Beratungen. Wir lehnen deshalb die Dringlichkeit ab. Besten Dank.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach): Als die SVP zur Volksabstimmung Ihrer Energiestrategie vor den massiven Mehrkosten gewarnt hat, haben Sie uns der Lüge bezichtigt. Nun, unsere Befürchtungen werden noch übertroffen, hat doch vor kurzem eine Tageszeitung in der Schweiz «4000 Franken Mehrkosten bei der Energie im nächsten Jahr für eine Familie» getitelt. Als wir im Januar, vor dem Ukraine-Krieg, vor einer Strommangellage gewarnt haben, haben Sie uns ausgelacht. Dabei war das Debakel absehbar, hat sich doch der Strompreis zum Beispiel in

Deutschland 2021 mehr als verfünffacht, also auch weit vor dem Ukraine-Krieg.

Und was hat man im Energiedepartement (*Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation*) gemacht? Nichts. Es kommt mir vor, wie wenn der Brandstifter nun Feuerwehrmann spielt. Als wir im Frühjahr temporär die Reduzierung der Mineralölsteuer gefordert haben, welche rasch, unbürokratisch zu bewerkstelligen gewesen wäre, haben Sie uns die Gefolgschaft verweigert. Und damit haben Sie verhindert, dass die Bevölkerung und das Gewerbe entlastet werden. Sie beklagen in Ihrem Postulat zu Recht die stark steigenden Krankenkassenprämien. Falls es Ihnen ernst ist und Sie den Mittelstand wirklich entlasten wollen, dann fordere ich Sie auf, am 27. November 2022 (*in der kantonalen Volksabstimmung*) die «Gerechtigkeitsinitiative» der SVP zu unterstützen. Damit helfen Sie unseren Bürgern schnell, unbürokratisch und nachhaltig.

Wie Sie mit circa 160 Gemeinden einen runden Tisch veranstalten wollen, wo dann auch etwas Brauchbares herauskommt ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Markus Bischoff (AL, Zürich): Teuerung, höhere Energiepreise, höhere Krankenkassenprämien – ich glaube, der Kaufkraftverlust ist gegeben. Deshalb ist auch die Dringlichkeit dieser beiden Postulate gegeben. Inhaltlich erinnern mich diese beiden Postulate natürlich eher an den heutigen Morgen: Es hat einen starken Nebel und man irrlichtert da auf der Strasse. So kommen auch diese beiden Postulate ein bisschen daher. Man möchte etwas machen, weiss aber nicht ganz genau, was. Und ein runder Tisch ist in der Regel die letzte Massnahme, die man auf-tischen kann. Aber es ist wichtig, dass wir hier eine Debatte über Kaufkraftverlust führen, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit zu.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Die Schweiz verfügt über ein ausgesprochen dichtes Netz an Unterstützung für Personen, die in wirtschaftliche Not geraten. Aus meiner eigenen Erfahrung als Sozialvorstand einer Gemeinde weiss ich, dass die Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich ist genau dieser runde Tisch, der hier angesprochen wird, an dem einheitliche Empfehlungen an die Gemeinden gegeben werden. Zudem sind die Standards in den Richtlinien der SKOS (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*) geregelt. Ein zusätzlicher runder Tisch, wie im Postulat gefordert, ist somit unnötig und würde nur zusätzlichen administrativen Aufwand auslösen, der seine

Wirkung verfehlt. Wichtig ist, dass wir den Institutionen Zeit geben, sich um bedürftige Personen zu kümmern, anstatt mit Bürokratie beschäftigt zu sein. Das Postulat verfehlt sein Ziel, ja, wäre sogar kontraproduktiv. Die GLP lehnt die Dringlichkeit ab.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 365/2022 stimmen 58 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

3. Kaufkraft-Paket III: Temporär günstigere ÖV-Tickets

Postulat Nicola Siegrist (SP, Zürich), Sibylle Marti (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022

KR-Nr. 366/2022, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Postulat wurde verbunden mit dem Antrag auf Dringlicherklärung eingereicht. Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden mit einer Redezeit von zwei Minuten.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Wir beantragen die Dringlichkeit, weil in diesem Winter eine üble Kombination droht. Wir haben gerade bei der letzten Dringlichkeitsdebatte (KR-Nr. 365/2022) darüber gesprochen, aber um es nochmals zu betonen: Erstens steigen die Krankenkassenprämien massiv, zweitens die Heiznebenkosten belasten Mieterinnen und Mieter. Drittens: Die Inflation beim Grundbedarf übersteigt die 3,3 Prozent, die in den Medien verhandelt werden, auch stark. Dies erhöht die Kosten für Familien, für junge Menschen, für Rentnerinnen und Rentner mit einer knappen Rente schmerzhaft. Und dieser Rat – das hat sich gerade gezeigt –, dieser Rat hat das Privileg, politische Prioritäten zu setzen und zu sagen «das finden wir gerade wichtig» oder «das finden wir als rechte Seite gerade nicht sonderlich wichtig». Aber wissen Sie, wer diese Priorität nicht für sich selbst setzen kann? Das sind jene

wohl über 200'000 Menschen in diesem Kanton, welche jetzt Mühe haben mit den Rechnungen am Ende des Monats, die mit diesen Rechnungen kämpfen. Das ist eine soziale Realität. Das ist nicht etwas, bei dem wir auf der Traktandenliste beurteilen können, ob wir das gerade schlimm finden oder nicht. Sie entscheiden mit Ihren politischen Entscheidungen auch darüber, ob Menschen, die von Armut betroffen sind, ob Familien mit knappem Budget am gesellschaftlichen Leben teilhaben können oder nicht. Übernehmen Sie deshalb auch die Verantwortung als Parlament und diskutieren Sie, wenn es dringlich ist, dringlich über die aktuellen Probleme. Unterstützen Sie bitte die Dringlichkeit für unser Postulat. Herzlichen Dank.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Die Dringlichkeit wird von der Grünen Fraktion nur teilweise unterstützt, und das hat mit dem Inhalt des Vorstosses zu tun. Für den Vorstoss spricht, dass die Vergünstigung von ÖV-Tickets für Haushalte mit tiefem Einkommen eine unbürokratisch und gezielt wirkungsvolle Lösung ist. Und damit diese Massnahme in der aktuellen Krise wirkt, soll sie auch schnell umgesetzt werden, daher stimmt ein Teil der Fraktion für die Dringlichkeit. Ein anderer Teil der Fraktion unterstützt es zwar und ist auch der Meinung, dass man Menschen, die finanziell knapp sind, in dieser Krise speziell unterstützen muss. Aber die Idee, die Mobilität zu verbilligen, wird nicht mitgetragen. Da wird ein falsches Signal gesetzt, und der Anreiz, auf den ÖV zu wechseln, ist ja eigentlich jetzt schon da, denn die Benzinpreise sind hoch und die ÖV-Kosten sind nicht gestiegen. Daher wird ein Teil der Fraktion die Dringlichkeit dieses Vorstosses ablehnen.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Verschiedene Konsumgüter haben sich verteuert. Wir rechnen mit einer Teuerung von etwas mehr als 3 Prozent, da gehe ich mit den Postulanten noch einig. Was mir schleierhaft ist, ist, wie man darauf kommen kann, den ÖV zu verbilligen. Die ÖV-Tarife sind seit einigen Jahren stabil, eine Anpassung auf die Fahrplanperiode 2022/2023 ist nicht geplant. Schlimmstenfalls könnte eine Tarifierhöhung auf die Fahrplanperiode 2023/2024 erfolgen, also haben Sie hier noch sehr viel Zeit und eine Dringlichkeit ist nicht gegeben. Wir gehen mit den Postulanten einig, dass Geringverdienende unter der momentanen Teuerung am meisten zu leiden haben. So sind die Treibstoffkosten massiv gestiegen. Diejenigen Mitbürger, die auf das Auto angewiesen sind, werden zur Kasse gebeten. Allenfalls wären hier

Treibstoffgutscheine angebracht für diejenigen Personen, die IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*) beziehen und den ÖV nicht nutzen können.

Die grösste Teuerung verzeichnen wir bei den Krankenkassen. Hier liegt es in Ihrer Hand, den Bürgern unter die Arme zu greifen. Am 27. November 2022 können Sie (*in der kantonalen Volksabstimmung*) der «Gerechtigkeitsinitiative» zustimmen. So profitieren alle Bürger. Diejenigen, welche heute knapp eine IPV erhalten, kommen mit dem grösseren Steuerabzug auch in den Genuss der IPV und ihnen wird sofort geholfen. Also machen Sie es wie die SVP: Stimmen Sie der «Gerechtigkeitsinitiative» zu und lehnen Sie die Dringlichkeit des Postulates ab. Danke.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Eine kurze Replik auf meinen Ex-Fraktionskollegen Pfister, der hier Treibstoff-Gutscheine verlangt im Sinne eines Sozialisten. Das kann es ja wohl nicht sein, das von einer bürgerlichen Partei zu hören, sicher nicht. Was getan werden muss, liebe SVP und liebe FDP und liebe Bürgerliche hier drin, ist, endlich die Steuern runterzunehmen, die grünen Steuern auf den Treibstoffen, die es nicht braucht und die total falsch und viel zu hoch sind. Um das geht es.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 366/2022 stimmen 45 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

4. Strommangellage nicht verschärfen, Ölheizungsverbot sistieren

Dringliches Postulat Christian Lucek (SVP, Dänikon), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) vom 29. August 2022

KR-Nr. 292/2022, RRB-Nr. 1322/5. Oktober 2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Noch ist er nicht da, der Winter, aber ich bin mir sicher, er wird trotz Klimawandel auch dieses Jahr eintreffen, und man wird heizen müssen. In der Regel – das ist einfach ein ungeschriebenes Gesetz – sind die ersten kalten Nächte in einer Heizperiode der Hätetest für die alten Heizungen. Und es gehört auch dazu, dass dann halt immer wieder sanierungsbedürftige, zugegeben, ältere Heizungen aussteigen. Jetzt können Sie schon sagen «ja, man hätte das halt planen müssen», das ist grundsätzlich korrekt. Aber erstens haben nicht alle Hauseigentümer gerade das nötige Kleingeld, um ein solches Projekt zu starten. Und zweitens haben wir derzeit einen massiven Boom in der Heizungsbranche und es ist relativ schwierig, kurzfristig – und auch planbar ist es relativ schwierig –, zu den entsprechenden Installations-Terminen und auch der zu installierenden Hardware zu kommen. Also müssen Ausfälle überbrückt werden mit mobilen Heizungen. Aber auch dort: Die mobilen erneuerbaren Heizungen, zum Beispiel mit Holzpellets, sind eine sehr gesuchte Ware und langfristig ausgebucht. Also wird es dazu führen, dass bei einem entsprechenden Ausfall einer solchen Heizung das Haus ganz sicher eine ganze Heizperiode lang mit Elektrowiderstandsheizungen, sogenannten «Hot Boys», geheizt werden muss, und das in einer Zeit, in der man ringsum über die drohende Strommangellage spricht, in der man sagt: «Kein Problem, man muss halt zu zweit duschen oder die Wäsche draussen trocken», zum Beispiel im jetzigen Nebelloch sehr einfach zu realisieren.

In dieser Zeit schafft unser Rat laufend neue Gesetze, neue Verordnungen, Förderungsprogramme, welche eines gemeinsam haben: Sie brauchen mehr Strom. Auch das Energiegesetz mit der zugehörigen Verordnung gehört dazu. Bereits am 11. April dieses Jahres, als wir diese Verordnung hier im Rat verabschiedet haben, haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir hier in ein Problem fahren. Und wir haben auch eine längere Übergangsfrist gefordert. Aber nein, es wurde durchgedrückt, sodass jetzt die Verordnung auch seit dem 1. September 2022 in Kraft ist. Deshalb dieses Postulat. Sie putzen dieses jetzt aber ab, unter anderem mit formellen Gründen, und da muss ich Ihnen einfach sagen: Falls Ihnen den Begriff «Sistieren» nicht passt, nennen Sie es «Aufschieben». Oder noch besser: Handeln Sie einfach mit Augen-

mass. Wir akzeptieren den demokratischen Entscheid zum Energiegesetz und den damit verbundenen Paragrafen 11. Wir fordern jedoch angesichts der Versorgungslage eine vernünftige Umsetzung. Der sakrosankte Zwang zum Heizungsersatz kann ohne Problem in der Kompetenz der Baudirektion mit einem Kreisschreiben an die Gemeinden relativiert und so umgesetzt werden, dass uns der «Pfuus» in der heiklen Situation nicht ausgeht.

Unterstützen Sie dieses Postulat. Besten Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die Meinung der SP hat sich nicht geändert, nachdem wir die Stellungnahme des Regierungsrats gelesen haben, im Gegenteil: Wir finden das Postulat noch immer nicht sinnvoll. Eigentlich ist es nicht nur nicht sinnvoll, sondern ein schamloser Versuch der Erdöllobby, noch schnell unter dem Deckmantel der Strommangellage einige Ölheizungen zu verkaufen, nachdem diese durch das Energiegesetz weitgehend verboten wurden; dies in einer Zeit, in der endlich der Klimawandel auch von der SVP anerkannt wird, wie dies soeben der Sprecher der SVP gemacht hat. Das Postulat schafft keine Rechtssicherheit, wie sich das die Sprecherin der FDP an der Dringlichkeitsdebatte gewünscht hat, im Gegenteil: Mit der Umsetzung dieses unmöglichen Postulates würde die Rechtsunsicherheit nur noch steigen.

Ein Durchregieren des Regierungsrates gegen ein vom Volk verabschiedetes Gesetz mittels Verordnung ist nicht nötig oder möglich; dies zudem mit einem unklaren Gültigkeitszeitraum, einem ungewissen Ende dieser Periode, da es ja, wie die FDP zu Recht auch moniert hat, unklar ist, wann denn die Strommangellage endet. Das ist ein Unding. Das wäre geradezu ein Start Richtung Diktatur.

Eine weitere Rechtsunsicherheit, nein, eine Rechtsungleichheit würde dieses Postulat für alle Gasheizungsbesitzer schaffen. Aber eben Öl-Lobbyisten sind nicht unbedingt Gas-Lobbyisten. Wir halten fest: Eine Sistierung durch den Regierungsrat, wie auch immer er dies machen würde, halten wir nicht nur für rechtswidrig, sondern auch für unnötig. Wir lehnen das Postulat entsprechend ab.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Die Grünliberalen haben bereits bei der Debatte um die Dringlichkeit klargestellt, dass wir dieses Postulat nicht überweisen werden. Im Gegensatz zur damaligen Debatte hätte ich aber heute von den Postulanten etwas Substanz zum Potenzial dieser Massnahme erwartet. Wie viele der 120'000 Öl und Gasheizungen werden unerwartet ausfallen? Und wie viel Strom würde benötigt,

um diese allenfalls mit Elektrowiderstandsheizungen vorübergehend zu ersetzen? Vielleicht wird das Potenzial auch nicht benannt, weil zu unbedeutend oder weil es Alternativen gibt, etwa eine vorausschauende Planung des anstehenden Ersatzes oder eine Reparatur und, falls doch eine Übergangslösung notwendig wird, eine Holzpellet-Lösung.

Bedeutend ist hingegen der Preis, den wir für diese Massnahme bezahlen würden, nämlich x Heizungen, die in dieser Zeit wieder mit einer Ölheizung ersetzt würden. Wir würden also Tür und Tor öffnen für neue CO₂-Schleudern, die dann die nächsten 20 Jahre unser Klima belasten. Eine Massnahme, die für das Klima eine Katastrophe ist und für die Behebung der Strommangellage unbedeutend, gehört zurück zum Absender.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat nicht. In einem bestehenden Gesetz einen Artikel zu sistieren – wirklich? Das ist der ungeeignete Versuch der SVP, das Energiegesetz scheinbar rückgängig zu machen, und dies mit der schwachen Begründung, eine mögliche Strommangellage abzuwenden. Das Energiegesetz ist in Kraft. Es ist der Volkswille, finden Sie sich damit ab.

Ein Heizungsersatz wird von weitsichtigen Liegenschaftsbesitzern langfristig geplant. Die befürchtete Strommangellage kann nicht verhindert werden, wenn Öl- statt Elektro-Notfallheizungen eingesetzt werden. Das ist blinder Aktivismus der SVP und absolut nicht nachhaltig.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Das dringliche Postulat will nun ja Paragraphen 2 bis 4 des geänderten Energiegesetzes sistieren. Der angegebene Grund ist die Strommangellage, die drohende Strommangellage. Ihre Ablehnung des dringlichen Postulates begründet die Regierung einerseits mit formellen Argumenten, andererseits mit inhaltlichen, wobei ich darauf verzichte, die formellen Argumente hier nochmals aufzuführen.

Zur Frage der sicherlich von allen gefürchteten Notlage, dass eben eine Ölheizung aussteigt und nicht rechtzeitig eine Wärmepumpe installiert werden kann, muss doch auch hervorgehoben werden, dass es durchaus Lösungen gibt, die auch die Regierung sehr detailliert aufführt in ihrer Beantwortung des dringlichen Postulates. Es können Reparaturen bereits ohne Bewilligung vorgenommen werden. Es können auch mobile Überbrückungsheizungen, die mit Holzpellets oder Öl betrieben wer-

den können, zum Einsatz kommen. Oder es gibt eben auch die Elektrowiderstandsheizungen, wobei es Sinn macht, dass diese wegen der steigenden Strompreise nur als allerletzte Lösung überhaupt in Betracht gezogen würden. Wie schon bei der Diskussion über die BBV I (*Besondere Bauverordnung I*) ausgeführt, ist es der FDP sehr wichtig, dass das revidierte Energiegesetz ein Erfolg wird. Da steht die Sistierungsvorlage ganz quer in der Landschaft. Und es ist uns wichtig, dies zu betonen: Wir dürfen nicht, auch wenn es nur temporär wäre, durch die Hintertür einen demokratischen Volksentscheid aushebeln. In unseren Augen wäre das eine ganz schlechte rechtsstaatliche Entwicklung.

Was aber durchaus angezeigt ist, ist nochmals auf die angespannte Lage bezüglich der Lieferbarkeit von Wärmepumpen oder auch der entsprechenden Fachpersonen, die diese einbauen müssten, einzugehen. Darum haben wir eben auch noch einmal eine dringliche Debatte gewünscht. Uns ist es ganz wichtig zu betonen, wie bereits in Bezug auf die Umsetzung über die Besonderen Bauvorschriften ausführlich dargelegt: Es ist nicht alles ganz einfach im Moment, es gibt durchaus auch Probleme in diesem Bereich. Deswegen haben wir Kulanz in der Umsetzung und eine entsprechende Unterstützung der Gemeindeverwaltungen verlangt. Das Kreisschreiben der Baudirektion vom Juni dieses Jahres an die Gemeinden trägt dem insofern Rechnung, als die Regierung von den Gemeinden eben auch rasche und kulante Lösungen verlangt. Das finden wir richtig, aber wir verlangen von der Baudirektion eben auch den entsprechenden Spielraum für Kulanz. Und wir erwarten, dass sie weiterhin die Gemeinden im Ausnutzen dieses Spielraumes, im Ausnutzen der Handhabung mit Augenmass unterstützt. Es sollte nicht beim Appell an die Gemeinden bleiben, sondern es braucht auch das nötige Augenmass auf der Baudirektion selbst. Es bringt für die Gemeinden und die Bauherren wesentlich mehr Klarheit als eben die Forderungen dieses dringlichen Postulates. Und wer weiss, vielleicht gelingt es der Baudirektion ja auch, die Revision der Bauverfahrensordnung voranzutreiben, um eben Luft-Wasser-Wärmepumpen und Erdsonden-Wärmepumpen zu grossen Teilen dem Meldeverfahren zu unterstellen. Wenn dies gelingen würde, wenn noch eine speditivere Abwicklung des administrativen Aufwandes möglich wäre, dann würde das in der jetzigen Situation wesentlich mehr bringen. Wir unterstützen das dringliche Postulat nicht.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wer einen demokratischen Entscheid so frech aushebeln will, der sollte schon bessere Argument beziehungsweise eine bessere Begründung als diese hier vorbringen. Dies erscheint

als ein sehr durchsichtiger Versuch, unser kürzlich verabschiedetes beziehungsweise vom Volk bestätigtes Energiegesetz auszuhebeln. Gleichzeitig wollen Sie offensichtlich hier auch noch eine Krise gegen die andere, die Klimakrise gegen die Energie- beziehungsweise Stromkrise ausspielen. Es wurde von meinen Vorrednern schon genug ausgeführt, dass die Begründung auch in Anbetracht einer Ersatzlösung nicht «verhebet», man kann hier auch gerne auf die Regierungsantwort verweisen. Ich will daher auch nicht länger Zeit versäumen, auch die Auswirkungen noch zu begründen. Ich bitte Sie, das alles das nächste Mal schon ein bisschen besser auszuformulieren als hier. Die AL lehnt dieses Postulat ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Inhaltlich ist jetzt schon alles gesagt, er hat ja auch nicht so viel Inhalt, dieser Vorstoss. Aber ich möchte noch darauf hinweisen: Es könnte gut sein, dass Schafspelze im kommenden Winter da und dort sehr willkommen sein werden. Ich möchte Sie trotzdem warnen, denn es besteht die Gefahr, dass Ihnen Schafspelze angeboten werden, unter denen sich Wölfe befinden. Dieser Vorstoss ist so ein Beispiel: In diesem wird mit derart herzerwärmend besorgten Worten vor der grossen Gefahr des Strommangels gewarnt, dass mir beinahe die Tränen kommen. In Tat und Wahrheit haben die Postulanten noch immer nicht verdaut, dass sich die Zürcher Bevölkerung mit einer Zweidrittelmehrheit dagegen ausgesprochen hat, weiterhin Öl und Gas zu verbrennen für warme Füsse. Dass wir eine Energiekrise haben, ist ebenso ein Fakt wie die Klimakrise. Und auch wenn wir nun Kompromisse betreffend Dekarbonisierung eingehen müssen, braucht es ein Abwägen, wie hoch der Preis für solche Kompromisse sein darf. Aber jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten ist jedenfalls keine Option.

Zum Glück ist der Regierungsrat weniger nahe am Wasser gebaut als ich. Seine geradezu humorlose, trockene, aber sachlich komplett zutreffende Antwort lässt eigentlich keine Fragen mehr offen. Eine Strommangellage ist nicht ausgeschlossen. Um sie zu bewältigen, braucht es aber zu Ende gedachte, ernsthafte und umsetzbare Lösungsvorschläge. Dieses Postulat erfüllt keines dieser Kriterien, weshalb die EVP es klar nicht unterstützen wird.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich zitiere Michel Liès, Präsident der Zurich Versicherung, aus dem heutigen Interview im Tages-Anzeiger. Er sagt da: Die Menschheit muss endlich aufhören, den Kampf gegen den Klimawandel hinauszuschieben. Und er sagt dies im Hinblick

auf die jüngsten Aktivitäten der Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, für die er – Zitat – grosses Verständnis und Respekt aufbringt. Und jetzt diskutieren wir hier über so einen kleinlichen Vorstoss der SVP, der überhaupt nichts bringt und der, wenn er tatsächlich umgesetzt würde, höchstens 1 Promille des Stromverbrauchs im Kanton Zürich betreffen würde, und das unter dem Vorzeichen der Strommangellage. Geschätzte SVP, das ist doch einfach ein Verzweiflungsvorstösschen von Ihnen, denn wir haben es jetzt in den letzten Wochen gemerkt: Sie haben keine Rezepte gegen die Energiemangellage. Das rührt übrigens auch daher, dass Sie keine Rezepte gegen den Klimawandel haben respektive ihn manchmal sogar nicht einmal anerkennen. Und es ist halt so, die Lösungen für die Strommangellage, die Lösungen gegen die Energiemangellage, sofern sie denn überhaupt kommt, das sind alles auch Lösungen im Sinne des Klimaschutzes, im Sinne der erneuerbaren Energien. Und da hinken Sie halt einfach noch ein bisschen hinterher. Es wurde der Fachkräftemangel angesprochen. Dieser Fachkräftemangel und die langen Lieferzeiten für Wärmepumpen sind gegenwärtig ein Fakt. Aus der Perspektive der Klimajugend, sage ich jetzt, und des Klimaschutzes ist das positiv. Es besteht eine extrem grosse Nachfrage nach erneuerbaren Heizlösungen, und das zeigt, dass die Bevölkerung bereit ist, CO₂ einzusparen und zukunftssträchtige Lösungen in ihren Häusern zu installieren. Es ist klar, dass die Branche mit diesem enormen Ansturm auf diese Produkte gegenwärtig ein bisschen überfordert ist. Es ist aber auch eine Goldgräberstimmung in der Branche. Sie kann sich ausbauen und vergrössern aufgrund der riesigen Nachfrage aus der Bevölkerung, die schon eingesetzt hat, bevor das Energiegesetz in Kraft getreten ist. Statt dass man jetzt irgendeine komische, rechtsstaatlich höchst problematische Lösung ins Auge fasst, geschätzte SVP, würden Sie doch besser für die Beschleunigung bei den Elektrowiderstandsheizungen sorgen, damit diese endlich schneller aus den Häusern entfernt und durch Wärmepumpen ersetzt werden, die einen Viertel einer Elektrowiderstandsheizung benötigen und den gleichen Heizeffekt bringen. Da könnte man ansetzen, wenn man etwas machen möchte, aber sicher nicht mit einem Verzweiflungsvorstösschen in dieser Art. Ich danke Ihnen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Zürich): Lieber Wolf im Schafspelz, Thomas Forrer. Wie sieht das aus mit diesen Kraftwerken da irgendwo im Kanton Aargau unten, die ihr jetzt propagiert? Es macht null Sinn, auf der einen Seite diese Notkraftwerke durch General Electric (US-

amerikanischer Konzern) – oder wer es ist – aufstellen zu lassen und auf der anderen Seite hier über die bürgerlichen Parteien zu schimpfen oder jene niederzumachen, die wirklich noch eine Ölheizung im Haus haben. Wollt ihr einfach frieren? Dann sagt doch das bitte, «wir plädieren für Frieden» (*Heiterkeit*) – ja, für Frieden auch, ja, für Frieden bin ich auch –, «wir plädieren für Frieren». Das würde ich jetzt doch in den Wahlkampf bringen, Thomas Forrer, das würde wirklich Sinn machen, und es bringt nichts, es bringt vor allem euch dann nichts, was ich auch hoffe.

Christian Lucek (SVP, Dänikon) spricht zum zweiten Mal: Zwei, drei Sachen dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Mir ist es natürlich schon klar, Sie geniessen das jetzt in diesem Rat, die SVP mit Spott und Häme zu übergiessen, weil wir da völlig weltfremd und angstmachend den Teufel an die Wand malen. Dass das der schwarze Block von Manuel Sahli – Herr Sommer war auch so dunkel angezogen – zelebriert, ist mir schon klar. Was mich doch einigermaßen erstaunt, ist, dass jetzt vonseiten der sogenannt bürgerlichen Parteien mit derartiger Verve gegen unser Postulat geweißelt wird. Es sind nicht zuletzt diese Parteien, die bei einschlägigen Verbänden, wie dem Hauseigentümergebiet (HEV), nicht hintenanstehen, wenn es um einen Apéro oder andere Unterstützungen geht. Ich könnte mir vorstellen, dass sich das dann allenfalls ein wenig auf das Wahlergebnis auswirken könnte. Denn diese Fahne der Eigentümer wird, stelle ich heute fest, einzig von der SVP hochgehalten.

Sie sprechen von antidemokratischem Verhalten, meine Güte! Wir lehnen nicht das Energiegesetz ab, diese Diskussion ist gegessen, das Volk hat abgestimmt, wir akzeptieren das. Es geht um eine besonnene Umsetzung, und dies auch im Rahmen der Situation, in der wir uns befinden, und da braucht es halt zeitweise auch Massnahmen wie eine Sisierung, die durchaus notwendig sein können. Denken Sie daran, wenn die Strommangellage tatsächlich eintritt. Man müsste sich dann schon überlegen, ob man dann vielleicht die Handynummer des Energieministers (*Regierungsrat Martin Neukom*) öffentlich macht, damit die Reklamationen an den richtigen Ort kommen.

Sie sagen, wir hätten keine Lösung. Das stimmt einfach nicht, hören Sie zu. Ich will nicht alle aufzählen, aber die wichtigste ist einfach – hören Sie auf Greta Thunberg (*schwedische Umweltaktivistin*), auch sie ist zur Einsicht gekommen, dass das Abschalten von Kernkraftwerken die falsche Lösung ist: Wenn Sie tatsächlich den Klimawandel auf die CO₂-Emissionen zurückführen, dann ist es sicher falsch, mit der Kernkraft

zurückzufahren, und das ist ein Punkt den wir halt auch immer mantramässig wieder bringen: Die Kernkraft ist notwendig, sie wird auch in Zukunft notwendig sein, und das ist ein Teil der Lösung. Aber jetzt, um kurzfristige Mangellagen zu vermeiden, braucht es nicht nur das Kalt-Duschen und die Wäsche im Nebel zu trocknen, sondern auch auf unnötige Elektrowiderstandsheizungen zu verzichten. Ich danke.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): An Daniel Sommer: Nicht wir, sondern der Bund warnt vor einer Strommangellage und fordert uns alle auf, Strom zu sparen. Und es ist einfach nicht glaubwürdig, wenn wir in einer solchen Zeit Gesetze in Kraft setzen, die den Stromverbrauch ankurbeln.

Und an die FDP: Ich bin schon ein bisschen irritiert, dass Kulanz mehr Rechtssicherheit bringen soll, als zum Beispiel eben dieses Gesetz ein Jahr lang zu sistieren. Ja, wie kulant dürfen dann die Gemeinden sein? Welchen Handlungsspielraum haben sie? Aus meiner Sicht haben Sie eben nur einen sehr beschränkten, denn sie müssen sich schlussendlich an das in Kraft gesetzte Gesetz halten. Also dass Kulanz da mehr Rechtssicherheit bringen soll, weise ich entschieden zurück. Und ich nehme zur Kenntnis, lieber Thomas Forrer, dass das Kombikraftwerk in Birr die Lösung der Energiestrategie ist, um zukünftig die Wärmepumpen betreiben zu können.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Wenn Christian Lucek vorhin «besonnene Lösung» gesagt hat – er verweist auf Greta Thunberg –, dann sollten wir das durchaus anschauen und sagen: Ja, wir machen eine besonnene Lösung. Wir sagen hier ganz klar: Atomkraftwerke werden in der Schweiz nicht abgeschaltet. Das Volk hat beschlossen, dass diese weiterlaufen, solange sie sicher sind. Also diese Diskussion, dass sie abgeschaltet werden, ist gar keine Diskussion. Wenn sie nicht produzieren, liegt das beispielsweise daran, dass wegen des Klimawandels der Wasserstand zu tief ist und sie nicht laufen können, weil sie nicht gekühlt werden können. Als Zweites haben Hans-Peter Amrein und vorhin gerade auch mein Vorredner auf das Öl- und Gaskraftwerk hingewiesen. Nun, dieses Öl- und Gaskraftwerk, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, ist natürlich nicht ideal aus Sicht des Klimaschutzes, denn es produziert CO₂. Aber wenn wir das gesamte Energiesystem anschauen, ist es wesentlich effizienter als die Öl- und Gasheizungen zu Hause. Zuallererst mal läuft es nur, wenn Bedarf dafür besteht, wenn wir diesen Strom brauchen. Es läuft also nicht, weil geheizt werden muss, wenn es kalt ist, sondern weil zu wenig Strom da ist. Und der

CO₂-Ausstoss ist selbst dann, wenn es läuft, pro Kilowattstunde Wärme wesentlich geringer, als wenn wir die Öl- und Gasheizungen haben. Das liegt daran, dass die Wärmepumpen eben effizient sind und die Umgebungswärme zusätzlich nutzen. Also aus Klimaschutzsicht ist es nicht ideal, aber tatsächlich die bessere Lösung als das, was Sie vorschlagen.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich fühle mich angesprochen von der SVP, ich lege meine Interessen offen: Ich bin im Beirat des Vorstands des HEV Kanton Zürich. Ja, der HEV Kanton Zürich war gegen das Energiegesetz und unterstützt es immer noch nicht mit einem grossen Wohlwollen, weil wir die Probleme wirklich auch im HEV erkannt haben. Aber das Stimmvolk des Kantons Zürich hat Ja gesagt zum Energiegesetz, und das müssen wir einfach akzeptieren, ob wir das wollen oder nicht. Und ich glaube, auch die SVP hätte keine Freude, wenn nach einer gewonnenen Abstimmung die andere Seite sagt «ja, wir setzen jetzt dieses Gesetz einfach ausser Kraft, wir sistieren es». Es sind die demokratischen Prozesse in der Schweiz, die uns so wichtig sind und die wir aufrechterhalten müssen. Wir haben jetzt diese Probleme. Auch die FDP hat die Situation erkannt, dass es wirklich Probleme sind. Wir waren die Ersten, die schon im Frühling bei der BBV darauf aufmerksam gemacht haben. Wir haben eine Anfrage (KR-Nr. 264/2022) eingereicht. Wir sind dran an dem Problem. Es gibt dieses Kreisschreiben. Wir nehmen zur Kenntnis: Das Gesetz wird nicht sistiert, auch damit müssen wir leben. Also ist es umso wichtiger, dass eben dieses Kreisschreiben jetzt angewendet wird. Und wir, die SVP und auch die FDP, haben die Exponenten in den Gemeinden. Es liegt an uns, wir können die Kulanz anwenden. Es ist wichtig, dass rasch und unkompliziert Lösungen gefunden werden, sodass niemand friert, die Eigentümer nicht und die Mieter nicht. Das müssen wir jetzt einfach akzeptieren. Wir müssen da gemeinsam Lösungen finden. Und ja, wir müssen diesen Volksentscheid akzeptieren. Besten Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Nach der Aufgeregtheit der SVP-Sprecher möchte ich es mir doch nicht nehmen lassen, wieder etwas Sachlichkeit in die Debatte hineinzubringen. Für uns ist ganz wichtig, dass wir es mit einer Kaskade der Rechtsnormen zu tun haben. Wir haben das Gesetz, wir haben die Verordnung und wir haben eben auch dieses Kreisschreiben. Und in diesem Bereich befinden wir uns jetzt. Es geht um die Umsetzung des Kreisschreibens, und da hat die Regierung für die FDP doch den nötigen Spielraum formuliert, dass eben die Gemeindeverwaltungen Kulanz

walten lassen können und mit Augenmass die Härtefallregelungen und so weiter und so fort umsetzen. Für uns ist damit dieser Kulanz Genüge getan und wir sehen natürlich, dass diese ganz am Schluss der Rechtsnormen kommt, wie sie eben im Kreisschreiben erwähnt wird. Wenn es jetzt darum geht, dass erwähnt wird, wir hätten keine langfristige Lösung: Das dringliche Postulat, muss man jetzt einfach dazu sagen, regelt ja die Frage der Kernkraft, der Nutzung der Kernkraft in der Schweiz auch nicht gerade. Also kommen wir wieder zurück auf den Boden der kantonalen Rechtsetzung und sehen wir, was wir hier im Kanton Zürich machen können. Für uns ist klar, dass es um die Umsetzung des Kreisschreibens geht. Die Regierung hat hier vorgelegt, und das ist für die FDP genug. Wir unterstützen dieses Postulat weiterhin nicht.

Walter Honegger (SVP, Wald): Zuerst gebe ich Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich habe eine Elektroinstallationsfirma im Zürcher Oberland. Aus der täglichen Praxis kann ich Ihnen sagen, dass unsere Branche boomt. Wir liefern wöchentlich Direktheizkörper aus und schliessen «Hot Boys» an, welche die nicht lieferbaren Wärmepumpen ersetzen. Und Barbara Franzen, zum ersten Votum: Es geht hier gar nicht um schnellere Bewilligungsmöglichkeiten für Wärmepumpen. Das nützt gar nichts, denn es mangelt grundsätzlich an der Verfügbarkeit von neuen Wärmepumpen. So ist es eben tatsächlich so, dass betroffene Eigentümer Alternativen, das heisst Direktheizkörper installieren müssen. Und es kommt noch schlimmer: Das heisst, für unsere Branche ist es umsatztreibend. Seit mehreren Monaten liefern und installieren wir regelmässig Diesel-Notstromaggregate aus. Ist denn dies die Lösung? Dies alles passiert sowieso, ob Sie heute zustimmen oder nicht. Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Geschätzte Vertreterin des Hauseigentümergebietes in der FDP, sehr geehrte Frau Franzen, jetzt spricht der Bundesrat vom Strom-Abstellen vier Stunden lang, und Sie sagen, es würde keine Notlage bestehen, und unterstellen der SVP alles Böse, Frau Franzen. Ich weiss nicht, was das soll. Ich weiss wirklich nicht, was das soll vonseiten der FDP, vonseiten der Partei, die wahrscheinlich die meisten Hausbesitzer unter ihren Mitgliedern hat. Wollen Sie ihre Wähler vertreiben für die kommenden Wahlen? Möglich. Aber so viel Dummheit würde ich nicht mal Ihnen unterstellen.

Regierungsrat Martin Neukom: Die grosse Mehrheit der Kantone hat unlängst entsprechende Regelungen zum Heizungsersatz beschlossen. Das heisst, in der grossen Mehrheit der Kantone ist das, worüber wir hier sprechen, unlängst in Kraft. Ihre Forderung besteht jetzt darin, dass im Kanton Zürich neue Öl- und vor allem auch neue Gasheizungen installiert werden sollen anstelle von Wärmepumpen. Mitten in der Gas-krise zu fordern, man solle neue Gasheizungen installieren, ist auch etwas sonderbar. Ja, selbstverständlich ist die Stromversorgung zentral. Die Stromversorgung ist generell der zentrale Pfeiler für die Energiewende und für den Klimaschutz. Und was es dafür braucht, ist grundsätzlich bekannt: Es braucht einen massivsten Ausbau der erneuerbaren Energien, es braucht verschiedene Formen von Energiespeicher, es braucht sehr viel mehr Energieeffizienz und vielleicht auch noch etwas Suffizienz. Das ist klar, Versorgungssicherheit und erneuerbare Energien, das ist eine Frage der Machbarkeit. Aber machen muss man es dann doch auch noch.

Zu den Zahlen: Es ist ja schon wichtig, dass wir uns ungefähr die Grössenordnung anschauen, über welche Stromkennzahlen wir hier sprechen. Gehen wir davon aus, dass grundsätzlich schon viele – auch ohne Energiegesetz – freiwillig eine Wärmepumpe einbauen. Das sehen wir schon an den Umstiegszahlen dieses Jahres, als das Energiegesetz noch nicht in Kraft war. Nehmen wir also an, dass bis im März des nächsten Jahres vielleicht wegen des Energiegesetzes maximal 500 zusätzliche Wärmepumpen installiert werden. Jetzt können Sie schauen, wie viel Strom eine Wärmepumpe braucht. Im Schnitt braucht eine Wärmepumpe 7000 Kilowattstunden in einem Winter, das heisst 500 Heizungen haben 707'000 Kilowattstunden. Das gibt 3,5 Gigawattstunden zusätzlicher Stromverbrauch durch diese 500 Wärmepumpen. Das ist weniger als 0,1 Prozent des Stromverbrauchs im Kanton Zürich in einem Winter. Wir sprechen jetzt von den zusätzlichen Wärmepumpen bis März 2023. Also wir sehen: Diese Grössenordnung ist grundsätzlich verkraftbar. Sie sprechen jetzt von den Heizungen, die unerwartet ausfallen. Das ist ein Problem, das kommt teilweise vor. Natürlich, die allermeisten Heizungen werden geplant ersetzt. Es gibt aber auch solche, die ungeplant ausfallen. Einfach nochmals zur Klärung möchte ich hier betonen: Es ist auch mit dem neuen Energiegesetz immer noch erlaubt, eine Heizung zu reparieren. Und die meisten Heizungen, die unerwartet ausfallen, dürfen immer noch repariert werden. Es ist aber zu empfehlen, dass Sie, wenn Ihre Heizung ausfällt und Sie diese reparieren müssen, die langfristige Planung dann gleich an die Hand nehmen, um die Heizung zu ersetzen. Denn irgendwann fällt die Heizung so aus, dass

Sie sie nicht mehr reparieren können, und erst der komplette Ersatz, der ist dann nicht mehr erlaubt, dann müssen Sie auf eine erneuerbare Lösung umsteigen.

Nun, Barbara Franzen und einige andere Sprecherinnen und Sprecher haben es angetönt: Natürlich bestehen zurzeit Probleme bezüglich der Fachkräfte und der Lieferketten. Das haben wir in zahlreichen unterschiedlichen Branchen, übrigens teilweise auch bei konventionellen Heizungen, weil Mikrochips fehlen, die aus China geliefert werden. Deshalb hat auch die Baudirektion, also habe ich ein Schreiben verschickt an die Gemeinden, auch mit der Bitte, insbesondere im ersten Jahr und solange dieser Lieferschwierigkeiten bestehen, Hand zu bieten für besonders kulante Lösungen.

Zum Schluss noch formal, und das gibt mir schon etwas zu denken: Sie fordern vom Regierungsrat, das Energiegesetz zu sistieren. Und Herr Lucek, es ändert auch nichts daran, wenn Sie nicht «Sistieren» sagen, sondern «Aufschieben» oder «Ausser-Kraft-Setzen» oder was auch immer. Die kantonale Rechtsordnung kennt keine Sistierung. Der Gesetzgeber, das sind Sie – nicht die Regierung. Der Kantonsrat ist Gesetzgeber und entscheidet über die Gesetze und er entscheidet, die Gesetze zu ändern, wenn es die Mehrheit so will, und das macht nicht die Regierung. Die Regierung hat nicht die Kompetenz, Gesetze ausser Kraft zu setzen. Das heisst, Ihre Forderung ist materiell gar nicht umsetzbar. Und auch was Kantonsrat Lucek gefordert hat, dass die Baudirektion in einem Kreisschreiben dieses Gesetz ausser Kraft setzen soll: Um Himmelswillen, also mit solchen Sachen beginnen wir ganz sicher nicht. Das ist ein sonderbares Rechtsverständnis, dass die Baudirektion eigenmächtig entscheiden könnte, welche Gesetze sie anwendet und welche nicht. Nein, ich wende alle Gesetze an, auch jene, die ich vielleicht nicht unbedingt gut finde, denn die beschlossenen Gesetze werden umgesetzt. Das ist so in einem Rechtsstaat. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat abzulehnen. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin doch etwas irritiert und möchte noch eine Aussage korrigieren: Die SVP hat überhaupt nicht verlangt, dass ein Gesetz ausser Kraft tritt oder dass wir das Resultat nicht akzeptieren, sondern es geht um die Umsetzung, es geht um die Umsetzung dieses Gesetzes, überhaupt nicht darum, dass wir das rückgängig machen oder irgendetwas, sondern Notmassnahmen verlangen in Notsituationen. Und genau wie bei Corona (*Covid-19-Pandemie*) könnte die Regierung das eben lösen. Selbstverständlich kann sie das lösen: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Sie wollen es nicht, wir akzeptieren

das ebenfalls. Wir haben gesagt: Es macht keinen Sinn, Direktheizungen zu installieren, das bringt einfach nichts. Und Sie können jetzt lange argumentieren und das den Gemeinden so sagen. De facto gibt es ein Problem. Es werden Direktheizungen installiert, wie wir das vorausgesagt haben, und das haben Sie jetzt auch vom Fachmann gehört. Und wir haben ein Problem mit der Lieferung der Wärmepumpen, und wenn sie nicht geliefert werden können, dann stimmt eben die Aussage von Thomas Forrer nicht, dann macht es einfach keinen Sinn. Dann ist es eben so, dass die Wärme, die aus Birr kommt, oder der Strom, der aus Birr kommt, wesentlich mehr Energie verschleudert, als wenn wir das eben noch nicht so schnell umsetzen, wie Sie sich das wünschen. Denn es geht einfach nicht schneller, das ist das Faktum. Danke, wenn Sie das zur Kenntnis nehmen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Entschuldigen Sie, dass ich hier auch noch in die Debatte eingreife, aber wir müssen hier noch ein paar Sachen ins richtige Licht rücken. Das dringliche Postulat wurde am 29. August 2022 eingereicht. Es wurde also vor dem Entscheid, die Besondere Bauverordnung I in Kraft zu setzen, eingereicht, weil wir gesehen haben, dass es damit Probleme geben könnte. Und der Regierungsrat wäre frei gewesen, diese Besondere Bauverordnung I später in Kraft zu setzen und nicht auf den 1. September, denn die Bauverordnung in Kraft zu setzen, ist seine Kompetenz. Er hat das nicht getan. Er wollte diesen kleinen Schritt nicht machen, und somit stehen wir heute hier ein bisschen im schiefen Licht, weil wir etwas wollen, das schon in Kraft gesetzt worden ist.

Und vom 9. Juni 2022 haben wir ein Kreisschreiben, natürlich, aber es könnte ja ein neues Kreisschreiben geben. Und auf diese Kulanz sollte nochmal hingewiesen werden, dass Reparaturen stattfinden können und dass nicht unbedingt zwingend umgesattelt werden muss.

Regierungsrat Neukom hat noch etwas gesagt bei diesen 500 Wärmepumpen, die einen Bedarf, einen Winterbedarf um 3,5 Gigawattstunden haben. Wenn wir das Notkraftwerk im Birr anschauen, von dem hier auch gesprochen wurde, dann hat das eine Leistung von 250 Megawatt. Und es wird dazu 22 Zisternenwagen Öl pro Tag verfeuern. Sie sehen also schon, dass wir da noch ein bisschen eine Lücke haben, wenn wir den Winterbedarf der zusätzlichen Wärmepumpen decken wollten.

Somit ist klar: Sie wollen diesen kleinen Schritt nicht machen. Sie wollen hier nicht daraufhin weisen, dass ein nächstes Kreisschreiben klare Signale setzen könnte, dass man nicht alles auf Strom setzen soll. Aber wir wollen es, und wir haben es Ihnen jetzt gesagt. Wir wollen kleine

Schritte machen und das wäre ein kleiner Schritt gewesen. Tun Sie ihn auch, unterstützen Sie das dringliche Postulat.

Regierungsrat Martin Neukom: Es wurde jetzt gerade gesagt, das Postulat sei zwei Wochen vor dem Inkraftsetzen des Energiegesetzes eingereicht worden, deshalb hätte der Regierungsrat ja noch die Möglichkeit gehabt, das zu ändern. Das ist selbstverständlich nicht so, denn der Regierungsrat entscheidet nicht am Tag der Inkraftsetzung, dass das Gesetz in Kraft gesetzt wird, sondern Monate im Voraus. Dann wird das entsprechend publiziert, damit alle das wissen und sich darauf einstellen können, dass ein Gesetz in Kraft treten wird. Deshalb war es zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich auch schon zu spät und der Beschluss war längst gefällt; einfach um das noch klarzustellen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 47 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 292/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Nachhaltige Datencenter

Dringliches Postulat Michael Zeugin (GLP, Winterthur), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Michael Bänninger (EVP, Winterthur) vom 12. September 2022

KR-Nr. 315/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Alex Gantner beantragt Nichtüberweisung.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Nach der epischen Diskussion von vorher (*Behandlung von KR-Nr. 292/2022*) stelle ich mir natürlich die Frage: Ist die SVP auch zu grossen Schritten bereit? Denn jetzt geht es um die grossen Zahlen im Bereich der Energie. Und lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Wer kommerziell ein Datenzentrum im Leistungsbereich von 1 Megawattstunde oder mehr betreibt und nicht bereit ist, diese Abwärme in der heutigen Zeit sinnvoll zu nutzen, hat

meiner Einschätzung nach drei Probleme: Er betreibt, erstens, ein Geschäftsmodell, das nicht nachhaltig ist, Stichwort dazu sind die explodierenden Stromkosten. Zweitens: Sein Geschäftsmodell steht nicht im Einklang mit den Klimazielen von Bund und Kanton Zürich. Und drittens: Er handelt nicht eigenverantwortlich, sondern nur auf den eigenen und kurzfristigen Gewinn ausgerichtet.

Ich habe mir überlegt, welche politischen Rechtfertigungsargumente es gibt, um in grossem Stil wertvolle Wärme ungenutzt verpuffen zu lassen, vor allem auch vor dem Hintergrund der steigenden Strompreise und der Aufforderung zur Reduktion der Heizung im kommenden Winter. Menschen sollen eigenverantwortlich frieren, während Datenzentren ungeheure Mengen von Strom verbrauchen und genau diese Abwärme auch ungenutzt in die Umluft entlassen. Da stellt sich schon die Frage: Wie weit geht die Freiheit der Betreiber von einzelnen Datenzentren im Kanton Zürich? Und wie immer bei grossen Fragen habe ich die Bundesverfassung zu Rate gezogen. Ja, darin steht nirgends etwas von einem Grundrecht auf die Verschwendung von Energie. Da steht nirgends, dass die Freiheit von einem Betreiber eines Datacenters grösser sein soll als die Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern im Umfang einer Gemeinde oder Kleinstadt. Aber es steht sehr wohl etwas von einer nachhaltigen Entwicklung und es steht auch etwas von dauerhaftem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage.

Es ist völlig klar, ein Datacenter, dass die Abwärme nicht nutzt, verschwendet einen grossen Teil der Energie, die es verbraucht; und das, obwohl wir genau diese Wärme für die Beheizung unserer Häuser und Büros im Kanton Zürich nutzen können. Wir können in diesem Bereich doch die Augen nicht vor den Fakten verschliessen. Fachleute gehen davon aus, dass weltweit bis 2030 rund 10 Prozent des Energiekonsums durch Computer verbraucht und 70 Prozent der globalen Emissionen durch diese emittiert werden. Und auch im Kanton Zürich: Der Tages-Anzeiger hat vor kurzem ausgerechnet, dass im Kanton Zürich die installierte Leistung von Datenzentren von heute rund 70 Megawatt innert Kürze auf 190 Megawatt ansteigen wird. Es liegt doch auf der Hand, dass es intelligenter ist, diese Abwärme für die Heizung unserer Wohnzimmer im Kanton Zürich zu nutzen anstatt für das Klima. Und wenn Sie dabei noch die energie- und sicherheitspolitischen Aspekte hinzudenken, scheint es reine Torheit, diese Abwärme nicht sinnvoll zu nutzen. Und ja, argumentieren Sie mit dem Markt, aber argumentieren Sie richtig. Es ist schon klar, ein einzelnes Datenzentrum hat, für sich betrachtet, ein Gefangenens-Dilemma, wenn es die Abwärme selber und

ohne die anderen im Markt einfach an einem x-beliebigen Standort nutzen will. Doch genau hier liegt die Krux und es verdeutlicht doch auch: Es herrschen offensichtlich im Kanton Zürich die falschen Rahmenbedingungen, wenn die Einzelnen dermassen falsch handeln. Und ja, es ist technisch und organisatorisch anspruchsvoller, als nichts zu tun. Aber meine Damen und Herren, gerade Sie von der FDP, seit wann sind Sie mit der einfachsten Leistung zufrieden? Es muss doch irgendeinen Weg geben, dass wir im Kanton Zürich versuchen, in diesem Bereich Spitzenleistungen zu erbringen und damit auch Innovation anzutreiben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir jedenfalls wünschen uns Spitzenleistungen für den Kanton Zürich.

Eine Möglichkeit wäre, dass wir über die Raum- und Richtplanung die richtigen Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Betrieb von Rechenzentren festlegen. Stellen Sie sich doch ein Modell vor, bei dem die Menschen ihre Häuser und Wohnungen heizen, sich an den Stromkosten der Datenzentren beteiligen, also Green Heating via Green Computing. Eine solche Lösung wäre via Richtplan vermutlich sogar auf Verordnungsebene zeitnah möglich, auf jeden Fall schneller als der Bau von Windrädern oder von neuen AKW. Aber vielleicht gibt es bessere Instrumente als die Richtplanung, und genau das will das Postulat prüfen. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf, Lösungen zu präsentieren oder, noch besser, wenn es in seiner Hand liegt, diese gleich umzusetzen, und zwar bevor alle Rechenzentren im Kanton Zürich gebaut sind. Denn sind diese erst einmal gebaut und stehen die am komplett falschen Ort, dann ist der Mist geführt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, fordern Sie Spitzenleistungen oder zumindest etwas mehr als nichts. Seien Sie Teil der Lösung und nicht Teil des Problems! Setzen Sie auf den Markt, aber nutzen Sie die Intelligenz und verlieren Sie sich nicht im Gefangenen-Dilemma eines einzelnen Datencenter-Betreibers. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Datencenter spriessen fast schon wie Pilze aus dem Boden, und es werden in Zukunft immer noch mehr. Zu diesen Stromfressern und deren Energieeffizienz haben Daniel Heilerli und Mitunterzeichner in einer Anfrage 206/2022 von Anfang Oktober 2022 bereits kritische Fragen gestellt, unter anderem auch die Frage, was der Regierungsrat von Auflagen bezüglich der Nutzung von Abwärme hält. Das dringliche Postulat kann daher fast schon Copy-and-Paste beantwortet werden. Immerhin spricht man schweizweit von momentan 2,1 Terawatt Verbrauch, was einen Anteil von 3,6 Prozent

des Gesamtverbrauchs bedeutet. Durch den vermehrten Bau von neuen Datacentern wird der Verbrauch und dementsprechend dazu auch die Abwärme in kurzer Zeit stark steigen. Datacenter brauchen viel Platz und der Standort muss viele Kriterien erfüllen, deshalb werden sie oft in weniger dicht besiedelten Gebieten erstellt. Da die Abwärme durch die Distanz abfällt, kann sie nicht endlos weit transportiert werden. Wir haben in Zürich ein paar vorbildliche Unternehmer, wie zum Beispiel green.ch (*Schweizer Internetanbieter*), die zukünftig mehr als die ganze Gemeinde Dielsdorf mit Abwärme versorgen kann, oder die beiden Rechenzentren zwischen Opfikon und Rümlang, die an den Energieverbund Airport City angeschlossen werden. Inzwischen herrscht in gewissen Gebieten fast schon wieder ein Verdrängungskampf der verschiedenen Wärmeverbände. Und so wird in Teilgebieten die Abwärme unentgeltlich abgegeben. Dies wird zur Imagepflege und als Beitrag zu einer klimaneutralen Zukunft bereits beworben.

In der Besonderen Bauverordnung I, BBV, LS 700.21, ist geregelt, dass im Gebäude anfallende Abwärme aus gewerblichen und industriellen Prozessen zu nutzen sind, soweit dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist. Im Rahmen einer Baubewilligung ist diese Vorgabe auch bei Rechenzentren zu berücksichtigen. Der Aufbau eines Wärmenetzes zur Wärmenutzung durch in der Nähe liegende Bauten kann jedoch mit der Baubewilligung nicht verfügt werden, ist eine Bewilligung doch nur auf das eigene Objekt beschränkt. Aber gemäss Artikel 7 Energiegesetz haben die Gemeinden andere Möglichkeiten, Gebiete zur Nutzung von Abwärme in ihrer Energieplanung festzulegen. Sie können dies über grundeigentümerverbindliche Instrumente, zum Beispiel Sondernutzungsplanung, Sonderbauvorschriften oder Anschlussverpflichtungen, regeln, damit Netze zur Nutzung der Abwärme aufgebaut werden können. Auch wenn die Abwärmequellen bereits in Betrieb sind, sind der Betreiber bereits heute verpflichtet, ihre Bauten für eine zukünftige Abwärmenutzung vorzubereiten. Diese Bestimmung ist im neuen, seit dem 1. September 2022 geltenden Absatz 2 des Paragraphen 30a folgendermassen beschrieben: «Können Neubauten oder bei bestehenden Bauten nach Erneuerungen und Umbauten der Kälteerzeugung mehr als 2 Gigawattstunden der Abwärme nicht selbst genutzt werden, ist diese in geeigneter Form Dritten zu den Gestehungskosten zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.» Diese Regelung wird auch beim kantonseigenen Rechencenter bereits angewendet. Im Moment kann die Abwärme zwar von diesem noch nicht für die Gebäudeheizung eingesetzt werden, aber sobald die geplanten Neubauten erstellt und parat sind, werden diese klimaneutral beheizt werden können.

Und die Bilanz des kantonseigenen Rechenzentrums verbessert sich noch mehr.

Zusammenfassend kann man sagen, liebe GLP, SP und EVP: Lest doch die Ratspost genauer durch! Die Antworten auf die Anfrage der Grünen beantwortet eure Aufforderung an den Regierungsrat, die Betreibergesellschaften von Datenzentren zu verpflichten, die Abwärme prioritär an regionale Heizverbände anzuschliessen. Dies ist, wie bereits ausgeführt, in den MuKEN (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) und seit dem 1. September 2022 in der neuen BBV geregelt. Allgemein darf man sagen: Es liegt im Interesse aller Betreiber von Datenzentren, aus wirtschaftlichen und Imagegründen ihre Energieeffizienz möglichst hochzuhalten und damit auch im internationalen Wettbewerb zu punkten. ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt hat ihren Preis, und da spreche ich nicht etwa von sozialen Auswirkungen. Die leistungsstarken Rechenzentren, die eine digitale Vernetzung überhaupt erst ermöglichen, brauchen sehr viel Strom. In der Schweiz liegt der Energieverbrauch der digitalen Infrastruktur pro Jahr, das haben wir bereits schon einmal gehört, bei rund 2,1 Terawattstunden. Das entspricht in etwa dem jährlichen Verbrauch des ganzen Bahnbetriebs der SBB. Gemäss einer aktuellen Studie der TAP-Energy (*deutscher IT-Dienstleister*) und der Hochschule Luzern liesse sich der Energieverbrauch in den Schweizer Serverräumen und Rechenzentren jedoch um bis zu 46 Prozent reduzieren.

Computer haben eines gemein mit jeder anderen Maschine, sei es ein Auto oder ein Radio. Ein grosser Teil der verwendeten Energie wird nicht für den eigentlichen Zweck eingesetzt, sondern fällt als Wärmeenergie an, wird in Abwärme umgewandelt. Das heisst, dass zum Beispiel Rechenzentren, die einige Computer, ja sogar bis zu zehntausende von Computer beherbergen, diese Abwärme abführen müssen um kühl bleiben und die Voraussetzungen für einen ordnungsgemässen Betrieb gewährleisten zu können. Dafür gibt es verschiedene Lösungen: Die Wärme auffangen und für andere Zwecke weiterverwenden, mit Strom verbrauchenden Klimaanlage kühlen und mithilfe von Wasser, vor allem durch Verdampfung, die Temperatur senken. Wir glauben, dass Wasserverdampfung, wie das insbesondere in den USA gemacht wird, oder der Einsatz von Klimaanlage und somit die Abführung der Wärme an die Umgebung keine Lösung sind. Die anfallende Wärme muss dringend in einem Wärme- beziehungsweise Kälteverbund, wie

gross der in der Praxis dann auch immer ausfallen mag, verbraucht werden.

Auch wenn künftige Computer insgesamt weniger Wärme erzeugen werden und moderne Server weniger wärmeempfindlich sind als ältere Modelle und entsprechend das Herunterkühlen von Server-Räumen auf sehr tiefen Temperaturen in der Regel unnötig wird, lohnt sich der Aufwand, solche Verbunde zu bauen. Die Nutzung der Abwärme kann die Energiebilanz der Rechenzentren weiter verbessern und den umliegenden Quartieren billige Wärme beziehungsweise Kälte liefern. Diese Änderung brauchen wir jetzt und nicht erst morgen, bevor noch mehr Anlagen gebaut werden. Wir sind entsprechend für die Überweisung des dringenden – Betonung dringenden – Postulats.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Mit einer Selbstverständlichkeit nutzen wir die aktuellen Informationstechnologien und Streamingdienste. Wir haben Sie in unseren Alltag implementiert, sei das nun privat oder geschäftlich. Fernsehen heisst heute Sendungen aufnehmen, später ansehen. Und Kinofilme streamen wir von zu Hause, gemütlich auf dem Sofa sitzend. Auch das File Sharing mit unseren Fraktionskolleginnen und -kollegen via Cloud gehört zu unserem Politalltag. Die Informationstechnologien entwickeln sich weiter. Und auch wenn die Industrie von Cloud-Lösungen spricht, himmlisch sind diese nicht, sondern die Daten werden, wie wir alle wissen, in Datacentern gespeichert.

Jederzeit weltweit abrufbar sollen unsere Daten sein und öffentlich auch redundant und dreifach gesichert, damit wir, falls der eine Server ausfällt, dennoch auf unsere Daten zugreifen können oder das Popcorn für den Samstagabend-Film nicht vergebens zubereitet haben. Das Betreiben von Datacentern hat sicher Zukunft. Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4,0 oder Cloud-Computing stehen am Start und die Möglichkeiten scheinen gigantisch zu sein. Deshalb fordern wir von der EVP, dass Datacenter, die durch den Betrieb von Servern mit einem schweizweiten Stromverbrauch im Jahr 2019 von rund 2,1 Milliarden Kilowattstunden – wir haben es gehört – eine Mitverantwortung für die Region, in der sie stehen, übernehmen, indem sie die Abwärme in lokale Wärmnetze einspeisen und so die entstehende Energie gewinnbringend – ich bin überzeugt, für beide Seiten genutzt – werden können. Gute Beispiele sind bereits geplant, wir haben es auch gehört. In Dielsdorf soll diese Abwärme von drei Datacentern mehr als 3500 Haushalte sowie Industrie und Gewerbe mit Heizwärme versorgen. Dies senkt damit den CO₂-Ausstoss deutlich und spart rund 20'000 Tonnen

CO₂ pro Jahr ein, das entspricht 7,6 Millionen Liter Heizöl. Die Studie «Rechenzentren in der Schweiz – Bau- und Ausbaupläne» zeigt, dass in den nächsten Jahren mit einem deutlichen Zuwachs an IT-Leistungen aus Rechenzentren gerechnet werden muss; dies insbesondere auch im Grossraum Zürich, wie das Bundesamt für Energie in einer Medienmitteilung im letzten Jahr schrieb. Wenn wir von einem grossen Hebel sprechen auf dem Weg zur Dekarbonisierung, gehört meines Erachtens die Nutzung der Abwärme von Datacentern mit dazu. Besten Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur): Als Erstes möchte ich namens der FDP-Fraktion mein Erstaunen beziehungsweise meine Irritation zum Ausdruck bringen, dass der Regierungsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und mutmasslich auf Antrag der Baudirektion bereit ist, das dringliche Postulat der GLP – und hier ganz klar ohne «L», sondern mit einem ganz, ganz grossen, dicken und grünen «G» –, der SP und der EVP – das steht allenfalls für «Energie vor Planungssicherheit» – samt der Begründung – und auf diese werde ich noch eingehen – entgegenzunehmen. Zusammengefasst: Dies ist ein Frontalangriff gegen die neue Branche der Datacenter, gegen Datacenter-Betreiber wie Banken, Versicherungen, die vielen Unternehmen aus der IT- und Datenverarbeitungs- beziehungsweise Technologie-Branche, die den Standort Schweiz und den Standort Zürich ausgewählt haben für ihre unternehmerischen Aktivitäten, gegen alle, die mittlere und grössere Server-Räumlichkeiten für ihre Geschäfts- und Verwaltungstätigkeiten besitzen und betreiben. Es ist ein politischer Aktivismus der angeblichen Digitalisierungs-Partei gegen die Digitalisierung und somit gegen die Wirtschaft und den Standort des Kantons Zürich. Und der Regierungsrat, der die Digitalisierung ebenfalls auf seine Fahne geschrieben hat, kriecht hier der Klimaallianz auf den Leim, macht hier mit und schießt sich gleich selbst in Bein beziehungsweise diskreditiert sich selbst. Mit Fortschritt hat das überhaupt nichts zu tun. Es ist Stillstand, eigentlich sogar ein Rückschritt, denn neue Branchen, neue Geschäftsmodelle werden dadurch verhindert, vor allem im Kanton Zürich.

Denn das Postulat, die Forderung hat es in sich. «Wo diese nicht vorhanden, sind neue Heizverbunde zu gründen oder ist die Abwärme anderweitig zu nutzen. Zudem wird der Kanton aufgefordert, dafür beim AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) eine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie zu bezeichnen. Die Fachstelle soll Betreibern von Datacentern insbesondere helfen, auf Green-Grid-Technologien umzusteigen.» Es soll also eine neue Verpflichtung geben oder, in anderen Worten, einen neuen Zwang, ein neues Diktat, keine Wärme

mehr an die Umgebungsluft abzugeben; dies für alle bestehenden Datacenter und Serverräumlichkeiten und natürlich für alle neuen, unabhängig vom Standort. Prioritär Anschluss an regionale Heizverbände und, falls es diese nicht gibt, sollen solche gegründet werden, oder eben die Abwärme soll anderweitig genutzt werden. Und beim Kanton sollen die Weichen gestellt werden, unmittelbar eine neue Fachstelle zu schaffen. Das sind wohl nicht nur 100 Stellenprozent, sondern einige mehr. Und vielleicht kann uns dann auch der Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) erklären, was heute Stand der Dinge ist, ob es wirklich neue Stellen braucht oder ob es noch Luft im AWEL hat für diese neue Tätigkeit.

Die Argumentationslinie der Postulanten ist, gelinde gesagt, abenteuerlich, und heute in der Debatte verharmlosen Sie – wir haben es auch gehört von Kollege Michael Zeugin – die Stossrichtung dieses ganzen Postulates. Es ist ein purer Aktionismus und Interventionismus, ein Diktat von oben. Der Staat soll es wieder besser wissen und die Umsetzung sofort vornehmen. Auf die Anpassung der gesetzlichen Grundlage wird überhaupt nicht Rücksicht genommen, das wird völlig ausgeblendet. Es wird auf die Bundesverfassung verwiesen, auf das Gefangenendilemma et cetera, aber das ist etwas, das einfach nicht von Interesse ist, vor allem bei den Betroffenen, und es sind sehr viele. Es sind nicht nur diese Datacenter in einigen Gemeinden, sondern es sind sehr viele Unternehmen, die eben solche Räumlichkeiten haben. Zwischen dem Ist-Zustand und der Umsetzung dieses Diktats ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Datacenter sollen motiviert werden, ihre Abwärme an Heizverbände abzugeben oder anderweitig zu nutzen. Diesen Ansatz unterstützt die Mitte-Fraktion. Betreibergesellschaften von Datacentern dazu zu verpflichten und dafür im AWEL eine Fachstelle aufzubauen, muss ganz sicher genauer geprüft werden. Die Abwärme von Datacentern ist eine Wärmequelle, auf die wir in der aktuellen Situation nicht verzichten möchten. Diese Energie soll nachhaltig genutzt werden, besonders da die Anzahl der Datacenter weitersteigen wird, und dies ist eine sehr interessante Energiequelle. Wir erwarten von der Regierung einen Umsetzungsvorschlag zur Motivation der Datenzentren, ihre Abwärme in Zukunft sinnvoll zu nutzen. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat, auch wenn wir mit der Formulierung nicht völlig einverstanden sind.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich nehme es gleich vorweg, es wird keine Überraschung geben: Wir Grünen unterstützen das dringliche Postulat. Schliesslich haben wir auch bereits im Juni die Anfrage Heierli, 226/2022, eingereicht, deren Antworten letzte Woche eingetroffen sind und die sicher auch für die Postulanten im Vorfeld der Einreichung des Postulates von Interesse hätten sein können.

Es überrascht mich, dass die FDP zu diesem Postulat die Diskussion verlangt hat, wenn wir tief in einer Klimakrise stecken. Der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie verbraucht in der Schweiz gemäss Analysen des Bundesamtes für Energie mehr als 5 Prozent des Stroms. Je länger, je mehr gewinnen Rechenzentren an Bedeutung. Um eine möglichst kurze Dauer für die Berechnungen anzubieten, werden Rechenzentren meistens in physischer Nähe von anderen Rechenzentren gebaut. Dies führt zu einer Clusterbildung, welche sich in der Schweiz vor allem in den Räumen Zürich und Genf zeigt. Dieser Cluster wird in Zürich bleiben und bildet bereits einen Standortvorteil für den Wirtschaftsraum Zürich, Herr Gantner. Diese Clusterbildung bietet zudem die Chance, die Rechencenter miteinander zu vernetzen und an bestehende Wärmenetze anzuschliessen. Damit werden Ausfälle vermieden und somit die Versorgungssicherheit erhöht. Gleichzeitig zeigt sich durch diese Clusterbildung auch kantonaler Handlungsbedarf, auch wenn das Thema unter Umständen auf den ersten Blick wirkt, als ob es national oder regional angegangen werden sollte, Frau Bossert. Leider wird heutzutage je nach Segment erst bei 20 bis 40 Prozent der Rechencenter die Abwärme genutzt oder in 60 bis 80 Prozent verschwendet. Es ist also unglaublich, wie viel Potenzial für einheimische Wärmeversorgung vorhanden ist. Wie Grünen erwarten hier von der Regierung einerseits die Prüfung von richtplanverbindlichen Zonen für Datenzentren in der Nähe von Wärmenetzen. Andererseits fordern wir einen verbindlichen Wärmenutzungsabsatz, wie die heutzutage bereits beispielsweise bei Kehrrechtverwertungsanlagen der Fall ist. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich habe dieser Debatte aufmerksam zugehört und dabei die Antworten auf zwei Fragen gesucht: einerseits, was es denn für Gründe zur Ablehnung eines solchen Postulates gibt. Herr Gantner hat hier von einem Frontalangriff auf die Datacenterbetreiber und einem Angriff gegen die Digitalisierung gesprochen. Ich muss sagen: Allzu stichhaltig hat es mich jetzt nicht gedünkt, dass in diesem Postulat ein Frontalangriff zu finden sei; nun ja, viele Worte und wenig Inhalt.

Ich denke, es sollte unbestritten sein, dass die Datencenter nachhaltig sein sollen. Der Stromverbrauch wie auch die Abwärme sind Themen. Und hier muss man auch sagen: Eine zentrale Planung sowie eine Standortevaluation machen durchaus Sinn angesichts dieser Punkte. Und woher die Debatte kommt beziehungsweise dass die Unterzeichner aus Winterthur kommen, zeigt ein bisschen auch den Absender. Um damit auch gleich zur zweiten Frage zu kommen, die ich mir gestellt habe, diese wird hier auch beantwortet: Warum soll dieses Postulat genau dringlich sein? Dringlichkeit ist doch hier das Gebot der Stunde. Wir werden hier den ganzen Vormittag damit verbringen, irgendwelche dringlichen Angelegenheiten zu behandeln, die mehr oder weniger dringlich sind. Wir sind zwar dafür, aber die Dringlichkeit würden wir jetzt nicht unbedingt bejahen. Allein schon die Zeit für die Lösung beziehungsweise um die Forderung dieses Postulats zu erfüllen, würden ein Vielfaches der Zeit beanspruchen, die wir hier an Zeit gewinnen auf Kosten der Parlamentseffizienz. Eine Rahmen- und Richtplanung braucht Zeit und auch die geforderte Einrichtung einer neuen Fachstelle beziehungsweise eine solche neu aufzubauen und sauber zu planen, braucht ebenfalls viel Zeit. Und das Ganze will besonders auch bei einer solchen Frage sauber gemacht sein. Und auch hier ist eine zeitliche Notwendigkeit nicht so gegeben, dass wir hier eine Dringlichkeit befürworten wollen. Aber diese Frage stellt sich nicht, kritisiert werden darf und sollte sie, denke ich, trotzdem werden. Denn es ist nicht das einzige Mal, dass hier eine Dringlichkeit für irgendwelche Debatten beantragt wird, ohne dass sie wirklich gegeben ist. Wie auch immer, die Alternative Liste wird dieses Postulat überweisen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich wollte gerade sagen, mein Vorredner und die Rednerin der Mitte-Partei haben den Nagel auf den Kopf getroffen und dann unterstützen Sie dieses Postulat doch noch nach meines Erachtens schlüssiger Argumentation. Wie kommt ein bürgerlicher Regierungsrat dazu, so ein Postulat entgegenzunehmen? Das möchte ich gerne in diesem Wahlkampf dann auch wieder einmal hören von diesen Leuten, die sich dann wieder fest bürgerlich geben. Nein, das macht doch überhaupt keinen Sinn. Es macht null Sinn, denn ich gehe davon aus, dass jeder Betreiber eines Datencenters in der heutigen Lage, die wir auf den Energiemärkten haben und die wir im Energiebereich generell haben, die Abwärme nutzen will und bereit ist, die Abwärme nutzen zu lassen. Und ich möchte gerne vom Herrn Regierungsrat wissen, wie viele Datencenter es im Kanton Zürich gibt, die die Abwärme nicht nutzen, und das soll er uns jetzt bitte mitteilen. Er liest

seine Zeitung. Ich denke, er hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Er hat einfach das mal angenommen, weil es ja aus seiner Ecke kommt und weil er hier wieder etwas Wahlkampf machen kann.

Und das Zweite, was ihr hier verlangt, liebe Postulanten, eine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie, das ist halt wieder ein typischer Vorstoss der Regulierungs- und der Verbotsparteien. Ja, das seid ihr, die Regulierungs- und die Verbotsparteien, liebe Grüne und liebe Rote und liebe GLP; das «L» habt ihr in diesem Vorstoss wirklich vergessen. Es braucht doch keine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie, es braucht gesunden Menschenverstand, und den unterstelle ich euren Wählern zum grossen Teil auch, aber euch mit solchen Vorstössen nicht.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Gleich zu Beginn, eine Frage meines Vorredners kann ich beantworten: Es sind zurzeit 60 bis 80 Prozent der Datencenter, wie schon mein Vorredner Benjamin Walder erwähnt hat, die die Wärme nicht nutzen, also beispielsweise auch das riesige Datacenter in Winterthur Hegi, das geplant ist, das halb so viel Strom braucht wie die ganze Stadt Winterthur. Da ist keine wesentliche Nutzung der Abwärme vorgesehen, also Handlungsbedarf besteht ganz zwingend.

Es stimmt, der Regierungsrat hat in der Antwort zu meiner Anfrage betreffend Energieeffizienz von Rechenzentren schon eine gute Auslegung geliefert. Die Richtung stimmt, aber ich glaube, wir müssen doch noch zwei Gänge zuschalten. Sandra Bossert hat den neuen Absatz 2 von Paragraf 30 der Besonderen Bauverordnung schon zitiert, ich möchte dazu einfach noch kurze Anmerkungen machen.

Der eine Punkt ist: Die Betreiber müssen die Abwärme zu Gestehungskosten zur Verfügung stellen. Also etwa so, wie wenn ich in einem Inserat schreibe «ich gebe es gratis ab, aber ihr müsst es selbst abholen». Ja, was wird das bringen? Schauen wir doch einmal, was so ein Nullacht-fünfzehn-Rechenzentrum heute mit seiner Abwärme macht: Es bläst es in die Luft und es erhält keinen Rappen Geld dafür. Man könnte es auch anders ausdrücken: So wie die Abwärme in heutigen Datenzentren halt abgegeben wird, ist sie heute eigentlich nichts wert. Und es wird sie auch gratis niemand abholen, weil das Abholen zu aufwendig ist.

Dann gibt es aber noch einen entscheidenden weiteren Punkt in diesem Absatz drin: In geeigneter Form müssen die Datenzentren die Abwärme abgeben. Ja, genau hier liegt der kritische Punkt, und da wird man die Formulierung doch noch ziemlich stark konkretisieren und nachschärfen müssen, damit das etwas wird. Wir müssen die Rechenzentren von

Planungsbeginn weg zur Kooperation verpflichten, sowohl bezüglich Standort – denn wenn man irgendwo in der Pampa draussen ein Rechenzentrum braucht, dann wird man nie einen Abnehmer für die Abwärme finden – als eben auch bezüglich der eingesetzten Kühltechnologie. Da ist der technische Fortschritt eigentlich schon sehr weit. Es gibt Anlagen, die das schon sehr vorbildlich machen. Die Technik ist da. Sie ist einfach noch ein kleines bisschen teurer als die billigste Variante, und darum wird das in diesen gewöhnlichen, kommerziellen Datenzentren halt mehrheitlich noch nicht genutzt. Aber in solchen Fällen ist es eben notwendig, von aussen ein bisschen Druck aufzusetzen, das beschleunigt die technische Entwicklung jeweils ungemein.

Und wenn Sie jetzt so aus liberaler Warte einwenden, das sei ein unstatthafter Eingriff in die unternehmerische Freiheit, dann bedenken Sie doch: Zurzeit ist die öffentliche Hand laufend damit beschäftigt, die Stromversorgung auszubauen. Nur einfach damit ein Datacenter überhaupt laufen kann, baut der Staat ein neues Unterwerk. Da ist dann der Staat gut genug. Aber wenn man dann Auflagen machen will, dass diese Energie nicht einfach verschwendet wird, sondern auch nach dem Rechenprozess noch sinnvoll genutzt wird, dann soll es nicht mehr gehen. Also da irritiert mich die Position der FDP schon ein bisschen. Die sinnvolle Verwendung von Abwärme wird in einigen Jahren eine völlige Selbstverständlichkeit sein. Da, scheint mir, hinkt die FDP einfach noch ein bisschen der Zeit hinterher. Danke.

Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal: Ja, die Voten von Kollege Daniel Heierli und anderen der Klimaallianz bestätigen wirklich unsere Befürchtung: Ihr wollt gar keine Datacenter mehr im Kanton Zürich. Das wollt ihr nicht. Ihr wollt diese Branche verhindern. Ihr wollt sie verhindern, nachdem Unternehmen in der Schweiz und hier im Kanton Zürich entschieden haben, in die Daten, das sogenannte Gold des 21. Jahrhunderts, zu investieren. Ihr wollt diese Branche verhindern, ihr wollt das Wachstum dieser Branche verhindern. Es muss mit dieser ganzen Forderung massiv zusätzlich in bestehende Infrastrukturen, in bestehende Business Cases, die ungewiss sind, investiert werden. Es soll Verpflichtung werden, dass solche Datacenter-Betreiber praktisch auch noch Wärmeverbundbetreiber werden sollten, zusammen allenfalls mit staatlichen Organisationen et cetera. Das ist wirklich Diktatur in der Wirtschaft, in diesem neuen Wirtschaftszweig. Und es ist ein Bashing, ihr habt im ganzen Energiebereich einen neuen Sündenbock gefunden, und das ist wirklich sehr tragisch. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Standort Zürich disqualifiziert sich hier bezüglich

dieser ganzen neuen Branche. Es gibt einige Punkte, da ist eben auch die Physik entscheidend. Es geht nicht alles, das ist zum Teil auch gesagt worden. Diese Abwärme, das sind ungefähr 30 Grad. Das ist eine gewisse Wärme, aber mit 30 Grad dann Wasser aufzuwärmen, damit mit 70, 80 Grad die ganzen Verbundsysteme versorgt werden können, das ist eine sehr grosse Leistung, standortgebunden, und wir kennen die ganzen Verluste. Daher ist es wirklich ein neues Finger Pointing gegen eine Branche, die im Kanton Zürich Mehrwert schafft, die auch Arbeitsplätze schafft. Das scheint offensichtlich Ihr Weg zu sein. Wir können uns diesem überhaupt nicht anschliessen und lehnen die Überweisung des dringlichen Postulates entsprechend ab. Besten Dank.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die FDP in diesem Bereich keine Innovation will, sondern einfach möchte, dass die Server-Leistungen Hitze produzieren, die angesichts dieser Klimakrise und auch der Heizkrise in diesem Winter völlig ungenutzt in die Atmosphäre geht und einfach weiter das Klima aufheizt, statt sie innovativ und nachhaltig zu nutzen. Das stellen wir einfach fest, das akzeptieren wir auch. Wir denken sogar, dass es wahrscheinlich ein kleines politisches Grüppchen im Kanton Zürich gibt, das dies gleich sieht. Aber Sie können doch nicht im gleichen Atemzug die Menschen im Kanton Zürich auffordern, eigenverantwortlich die Heizung zu reduzieren. Das funktioniert doch einfach nicht. Sie verrennen sich hier ein bisschen in einer liberalen Ideologie, die gar nicht mehr liberal ist. Und auch die Berechnungen: Wollen Sie den Schweizer Standort einfach als Günstig-Standort verbraten oder möchten Sie eben Qualität bieten? Ich habe es formuliert: Green Heating via Green Computing. Wir müssen uns doch mit der Leistung differenzieren und nicht einfach mit «Wir verbrennen mehr Strom und nutzen ihn nicht». Das ist einfach ein Wettbewerb, der in die falsche Richtung geht. Ich verstehe nicht, was Sie daran noch als liberal sehen; das habe ich nicht verstanden. Uns dann aber hier hinzustellen, als ob wir diese ganze Industrie verteufeln wollten: Nein, wir wollen diese Industrie voranbringen. Wir wollen, dass sie innovativ ist, dass sie energieeffizient wird und dass sie deshalb eben auch zukunftsfähig bleibt. Das ist unsere Position.

Berechtigt finde ich das Anliegen der AL, das ist ein gutes Kriterium: Ist dieses Postulat dringlich? Mal abgesehen davon, dass die Dringlichkeit eigentlich schon erledigt ist: Ja, es ist dringlich. Diese Datenzentren werden jetzt geplant, und ich sage es wirklich nochmals: Wenn die am falschen Ort stehen, dann ist der Mist geführt. Es ist schon so, dass es,

wenn diese Wärme nicht im Umkreis genutzt werden kann, es natürlich wirklich vergebliche Mühe ist. Deshalb braucht es – und das ist ja auch unser Input – eine Richtplanung dazu. Es ist wie bei anderen grossen Infrastrukturen. Es gibt eben einen falschen Ort und es gibt einen richtigen Ort. Und Sie sehen, dass wir hier wirklich planerisch eingreifen müssen. Es ist bereits erwähnt worden, das Beispiel von Winterthur. Da kann sich ein Datencenter-Betreiber einfach hinstellen und vom Staat fordern, dass die Stromleitung zu seinem Grundstück hin gebaut wird. Aber er hat relativ deutlich gesagt: Das mit der Abwärme, das interessiert ihn nicht, mutmasslich. Das kann es doch nicht sein! Schauen Sie mal auf den Plan: Wenige 100 Meter davon gibt es Wohngebiete, die problemlos mit dieser Temperatur umgehen können. Es braucht nicht alles 80 Grad zu sein. Also auch hier: Die Dringlichkeit ist klar gegeben. Wir brauchen diese Sicherheit, dass eben die Planung und der Standort dieser Datenzentren von Anfang an schon am richtigen Ort ist und nicht an einen Ort, wo wir dann definitiv die Wärmeleistung nicht brauchen können. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Einfach noch zur Klärung unserer Haltung, ich glaube, unsere Fraktionssprecherin hat das ausgezeichnet formuliert: Das Postulat rennt eigentlich offene Türen ein, weil es bereits gemacht und umgesetzt wird. Deshalb lassen wir das auch so laufen. Was wir hingegen nicht verstehen und da möchte ich mich ganz klar abgrenzen: Es braucht dazu keine neue Fachstelle. Es braucht keine zusätzliche Person, denn es wird bereits gemacht, und zusätzliches Personal, das unterstützen wir nicht. Wir unterstützen aber diesen Bericht, dass das forciert wird, weil es eigentlich sowieso schon gemacht wird. Aber diese zusätzliche Stelle unterstützen wir explizit nicht. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Michael Zeugin, Fraktionschef der GLP, du hast recht. Was Winterthur betrifft, wenn dem so ist, hast du recht. Nur mir fehlt der Glaube. Du hast ja «mutmasslich» gesagt, und mutmassen würde ich in der Politik nie, denn es ist meistens anders. Ich glaube einfach nicht, dass, wenn ein so grosses Datencenter gebaut wird, sich diese Leute die Leitung einfach hinbauen lassen und ansonsten nicht gesprächsbereit sind. Das glaube ich nicht. Und mit einer Fachstelle wird es nicht besser, mit einer Fachstelle wird es schlechter. Es gibt mehr Bürokratie, es gibt mehr Regulierungen und es kostet mehr. Das Postulat liegt quer in der Landschaft. Und ganz quer in der Landschaft liegt, wenn der Fraktionschef

der SVP kommt und sagt «wir unterstützen das Postulat, aber bei der Fachstelle sind wir dann dagegen. Das Postulat verlangt explizit eine Fachstelle, Herr Hübscher, explizit eine Fachstelle, und die SVP unterstützt das. Das kann es doch einfach nicht sein von meiner ehemaligen Partei. Noch mehr Fachstellen, noch mehr Regulierungen, und es bringt nichts. In dieser Sache hier, davon bin ich überzeugt, davon bin ich ganz fest überzeugt, dass, wenn die Mitarbeiter von Herrn Regierungsrat Neukom mit den Bauherren reden, wenn es um die Baubewilligung geht, dass dann ein Modus vivendi gefunden wird. Denn du kannst normalerweise in der heutigen Situation nicht nicht auf eine Abwärmeregung hinarbeiten, Michael Zeugin, und ich bitte euch: Lehnt dieses Postulat und vor allem die Dringlichkeit ab, es ist für die Galerie. Was die Presse dann schreibt – heute oder morgen –, das werden wir dann sehen. Aber es macht sicher keinen Sinn, noch eine Fachstelle und noch etwas mehr Regulierung zu verlangen, sondern wir brauchen den in der Schweiz doch immer noch geltenden gesunden Menschenverstand in dieser Sache.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 139 : 28 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 315/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Strategische Kontrolle über die AXPO stärken

Dringliches Postulat Tobias Langenegger (SP, Zürich), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 330/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 331/2022 und 332/2022)

7. AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO

Dringliches Postulat Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Christian Lucek (SVP, Dänikon), Beat Bloch (CSP, Zürich), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 331/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung
(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 330/2022 und 332/2022)

8. AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten

Dringliches Postulat Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KR-Nr. 332/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung
(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 330/2022 und 331/2022)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Sie haben vorhin gemeinsame Beratung dieser Geschäfte beschlossen. Wir werden also die drei Geschäfte gemeinsam in freier Debatte diskutieren und dann getrennt darüber abstimmen. Der Regierungsrat ist bereit, diese drei dringlichen Postulate entgegen zu nehmen. Die FDP-Fraktion stellt je einen Ablehnungsantrag. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Ich gebe zuerst den Erstunterzeichnenden das Wort für zehn Minuten, anschliessend folgt der Ablehnungsantrag und dann die freie Debatte mit Wortmeldungen von fünf Minuten. Wir möchten gerne um 12 Uhr fertig sein.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Vielen Dank an dieser Stelle an die FDP, dass sie Diskussion beantragt hat. Es wäre schade gewesen, hätten wir heute keine Diskussion zur AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) geführt, denn heute geht es nun auch wirklich um konkrete Forderungen, und wir von der SP begrüßen es, dass wir diese Vorstösse hier drin zusammen diskutieren. Ich spreche nun zum dringlichen Postulat 330/2022, Strategische Kontrolle über die AXPO stärken. Darin postulieren wir, dass der Regierungsrat wieder eine aktive Rolle gegenüber der AXPO einnimmt, insbesondere im Verwaltungsrat. Denn der Service public darf nicht entpolitisiert werden, da sind wir von der SP konsequent. Das gilt genau gleich für die AXPO, wie es für die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), die KAZ (*Kantonsapotheke Zürich*) oder auch die Spitäler gilt. Diese

Position wird von der Bevölkerung auch immer wieder gestärkt. So hat sie unlängst beispielsweise dem Ansinnen des damaligen FDP-Regierungsrates (*Thomas Heiniger*), das KSW (*Kantonsspital Winterthur*) und die IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) zu privatisieren, abgelehnt. Für uns ist klar, dass es sich bei Service-public-Aufgaben um systemrelevante Aufgaben handelt, und dort ist es unabdingbar, dass die Politik aktiv steuert.

Entpolitisierungen führen immer zu einer mehr oder minder schleichenden Entmachtung der Politik. Klammerbemerkung: Zahlen tut sie meist trotzdem und zahlen tut sie meist mehr. Das führt dazu, dass die Unternehmungen schlussendlich zu weit weg sind von der Politik. Das ist brandgefährlich, denn es findet kaum noch eine Oberaufsicht statt; und wenn, dann ist diese mehr ein Produkt des Zufalls, dass nämlich gerade die richtigen Personen zur richtigen Zeit am selben Ort sind. Im Normalzustand geht das glücklicherweise nicht schief, spätestens aber wenn es brennt, wird es dann schmerzhaft klar, dass die Oberaufsicht vernachlässigt wurde. Neben der fehlenden Oberaufsicht ist die ganz grosse Mär, dass nach solchen Privatisierungen alles billiger werde. Das beste Beispiel dafür ist die Bahninfrastruktur weltweit. Überall, wo die Bahnen privatisiert wurden, wurde das Fahren teurer, meistens der Service schlechter. Und tendenziell wurde es gerade auch noch gefährlicher, weil kaum noch in die Infrastruktur investiert wurde. Und irgendwann musste dann der Staat in die Bresche springen und den Schlammassel, sprich die Investitionen, bezahlen.

Nun passiert teilweise genau das Gleiche in der Schweiz. Nachdem der Strommarkt teilliberalisiert wurde und Unternehmen mit hohem Stromverbrauch diesen zu sehr tiefen Kosten beziehen konnten, ist der Markt nun ziemlich turbulent. Er schlägt ständig Kapriolen und die Preise sind massiv gestiegen. Der Vorschlag von Guy Parmelin (*Bundesrat*), um diese Schieflage zu retten, ist geradezu absurd: Die Unternehmen, die jahrelang von sehr tiefen Preisen profitiert haben, sollen nun wieder in den staatlich regulierten Markt integriert werden, und dies – und das ist das grosse Problem – ohne weitere Auflagen beispielsweise bezüglich Finanzierung. Dies wird die Kosten für den regulierten Markt, also vor allem die kleinen KMU und die Privatpersonen, massiv erhöhen. Sie werden also nun die Kosten der Unternehmen bezahlen, die jahrelang von tiefen Preisen profitiert haben. Wie immer wird die Bevölkerung die gescheiterte Teilliberalisierung bezahlen, ganz nach dem Motto «Profite privatisieren und Kosten verstaatlichen».

Für die SP ist klar: Die Stromproduktion ist ein zentraler Pfeiler des öffentlichen Versorgungsauftrags, die Stromproduktion ist Service

Public, und da muss die Politik mitreden. Kleine Klammerbemerkung: Es ist auch nicht zufällig, dass entsprechend die AXPO im Verwaltungsvermögen und nicht im Finanzvermögen ist, das hat eben auch mit dieser strategischen Ausrichtung für den Kanton Zürich zu tun. Entsprechend muss für den Kanton Zürich, als grösstem Aktionär der AXPO, deren Entwicklung von zentraler Bedeutung sein. Und es ist nun mal einfach so, mitgegangen heisst mitgefangen, konkret: Wenn man etwas macht, dann richtig, dann trägt man auch die Verantwortung, und das macht man vor Ort in den entsprechenden Gremien.

Im Service Public braucht es diesen Kontakt direkt zur Politik einerseits für die Vernetzung, andererseits auch für die Sensibilisierung. Wie wichtig das ist, sah man bei der Reaktion des heutigen Verwaltungsrates auf die öffentliche Forderung nach einem Bonus-Verzicht am 6. September 2022. Dass der Verwaltungsrat trotz Beanspruchung eines Notfallkredits vom Bund unfähig war, sensibel mit dem Thema «Bonus» umzugehen, spricht schlicht Bände. Kritikerinnen und Kritiker sagen jetzt «ja, aber der politische Verwaltungsrat, der war ja auch nicht besser, der hat zum Beispiel damals die Übersee-Investitionen einfach genehmigt». Wir möchten natürlich keine politische Besetzung, die einfach alles der Konzernleitung unkritisch abnickt, das wollen wir nicht. Bei der geforderten Re-Politisierung muss sich die Zürcher Vertretung entsprechend aktiv einbringen und der Konzernleitung bei unerwünschten Entwicklungen Paroli bieten. Natürlich braucht das Know-how, deshalb beantragt die SP auch im Rahmen des Budgets die entsprechenden Ressourcen, damit sich der Kanton Zürich wirklich um die strategische Beteiligung AXPO kümmern kann.

Ich nehme an, die FDP wird nachher sagen, dass ein politischer Verwaltungsrat genau gleich ans OR (*Obligationenrecht*) gebunden ist und eben auch im Interesse der Gesellschaft handeln muss. Natürlich, aber da ist die grosse Frage: Was ist Handeln im Interesse der Gesellschaft? Ist es, die Gewinne kurzfristig maximal zu maximieren, mit gewaltigen Risiken dahinter, oder nicht doch eher, ein weniger risikoreiches Handelsgeschäft zu betreiben, mit den damit verbundenen stabilen Verhältnissen? Ich würde sagen, ein grosser politischer Support und damit die Möglichkeit einer langfristigen positiven Entwicklung entspricht wohl mehr Sinn und Geist – oder sagen wir Wort und Sinn – des OR. Und genau deshalb muss die Regierung zurück in den Verwaltungsrat, und zwar so rasch als möglich. Diese Forderung wird auch von diversen Eignerkantonen unterstützt, die GV (*Generalversammlung*) anfangs 2023 ist der ideale Zeitpunkt dafür. Damit wird die Oberaufsicht über die AXPO gestärkt und die Regierung lenkt deren Geschicke wieder

aktiv. Und das ist auch dringend nötig, denn die AXPO ist ein zentraler Pfeiler des Service public und sie soll auch als solcher behandelt werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den dringenden Postulaten zuzustimmen. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich werde gleich zu den Postulaten 6 und 7 sprechen. Der freie Markt funktioniert für vieles gut und effizient. Aber nicht für jedes Gut funktioniert das so. Es gibt gewisse Voraussetzungen, die es sinnvoll machen, ein Gut im freien Markt zu haben. Es wäre von Vorteil, man hätte eine gewisse Konkurrenz, die Güter müssen ersetzbar sein, es sollte auch ein Konkurrenzangebot innert nützlicher Frist vorhanden sein können. Die Preissignale und die Investitionsdauern sollten irgendwie korrelieren. Das heisst, wenn ich ein Preissignal habe, dann kann ich abschätzen, ob diese Investition jetzt Sinn macht oder nicht.

Wenn man einen liberalisierten Markt hat, hat man häufig auch Börsen. Wenn man an der Börse ist, kann es passieren, dass sie verrücktspielt, das ist bei Börsen halt so. Wenn man ein Gut an der Börse hat, dann wäre es von Vorteil, wenn es für einen nicht so tragisch wäre, wenn die Börse verrücktspielt. Das ist der Fall, wenn ich auf das Gut verzichten kann oder es einigermaßen einfach ersetzen kann.

Wir sprechen heute vom Gut «Strom». Es ist ein essenzielles Gut. Können wir darauf verzichten? Wir als Menschen müssen atmen, trinken und essen. Und wenn wir zum Trinken und Essen kommen, muss man feststellen: Spätestens nach einer Woche haben wir ein Problem, genug zu essen und zu trinken zu bekommen, wenn wir keinen Strom haben, denn dann ist wohl auch unser Notvorrat ausgegangen. Auf Strom zu verzichten ist eher schwierig für uns. Für Firmen ist es das Gleiche, alle Firmen brauchen Strom. Bei den Dienstleistungen sind die Kosten für den Stromverbrauch verhältnismässig klein. Im Gewerbe und in der Industrie geht es schnell ans Eingemachte, das heisst Existenzielle, wenn die Strompreise verrücktspielen, weil ein Strommarkt verrücktspielt.

Die Stromproduktion braucht auch Grosskraftwerke. Grosskraftwerke sind teuer und haben eine lange Investitionszeit; hier sprechen wir von Jahrzehnten. Als das Pumpspeicherkraftwerk Linth-Limmern in Betrieb ging, sprach man in den Medien von einer Fehlinvestition. Inzwischen ist es so, dass sich mit genau diesem Kraftwerk sehr gutes Geld verdienen lässt. Wie Sie sehen, korrelieren die Investitionsdauer und die Volatilität der Preise im Strommarkt überhaupt nicht. Aber es hat

dazu geführt, dass wir eigentlich seit der Teilliberalisierung im Strommarkt keine nennenswerten Investitionen im Bereich der Wasserkraft mehr haben.

Und das Ersetzen von Strom? Teilweise kann man den Strom durch fossile Energieträger ersetzen, aber es ist ineffizient und ich würde im Sinne des Klimas dringend raten, es nicht zu tun. Wie Sie unschwer bemerken können, findet es die SP nicht gerade gut, das Gut «Strom» zu liberalisieren. Die unschönen Auswirkungen eines liberalisierten Strommarktes konnten wir alle in diesem Jahr erleben. Wie es jetzt aber mit dem Strommarkt weitergeht, darüber entscheidet Bern und teils auch Brüssel. Jetzt ist die Frage: Was können wir in diesem Umfeld im Kanton Zürich tun? Die beiden dringlichen Postulate «AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO» und «AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten» befassen sich eben genau mit dem Teil, über den der Kanton Zürich selbst entscheiden kann. Wenn man das Verhältnis von EKZ und AXPO heute anschaut, zeigt es die Absurdität des liberalisierten Marktes, vor allem, wenn man es aus der Optik des Kantons Zürich anschaut. Die EKZ sind eine selbstständige Anstalt in vollem Besitz des Kantons Zürich. Bei der AXPO besitzt der Kanton Zürich mit seiner direkten Beteiligung und der Beteiligung der EKZ über ein Drittel, ist also der grösste Eigner der AXPO. Da hat jetzt also der Kanton Zürich ein Energieversorgungsunternehmen mit vielen gebundenen Kunden und eine grosse Beteiligung am grössten Kraftwerksbetreiber der Schweiz. Und was macht man? Anstatt die Synergien zu nutzen, sind sie wie zwei komplett unabhängige Unternehmungen, die null Komma nichts miteinander zu tun haben. Die AXPO verkauft ihre Produktion an der Börse mit den entsprechenden Konsequenzen, wie hohem Liquiditätsbedarf und der Konsequenz, dass sie am Schluss zum Bund rennen musste für einen Rettungsschirm. Und andererseits führt es eben auch dazu, dass die AXPO keine grosse Investition in Wasserkraft mehr getätigt hat, seit wir diesen liberalisierten Strommarkt haben. Auf der anderen Seite haben wir die EKZ, sie beschaffen auch an der Börse, und wir haben es heute mit steigenden Strompreisen zu tun.

Aktuell sind die Strompreiserhöhungen für das Jahr 2023 noch einigermaßen moderat. Typischerweise wird der Strom über drei Jahre beschafft. Wir haben hier also noch zwei gute Jahre mit tiefen Kosten drin und ein schlechtes. Vielleicht kriegen wir das nächste Jahr noch eine böse Überraschung. Am Anfang der Trennung dieser beiden Unternehmen war es gut für die AXPO, damals waren die Handelspreise an den

Börsen hoch. Danach konnte die AXPO nicht mal mehr die Gesteungskosten für die Wasserkraft erwirtschaften. Da waren dann quasi die EKZ im Vorteil, weil sie relativ billigen Strom einkauften, und heute, in der jetzigen Situation haben beide verloren. Die AXPO sitzt unter einem Rettungsschirm und die EKZ haben steigende Preise.

Ziel unserer Postulate ist eben, dass wir den Verbrauch der EKZ und die Produktion der AXPO, beides Zürcher Eigentum respektive Beteiligung, näher zusammenbringen und die Synergien nutzen. Wie man es beim EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) sieht, ist es dort ein Vorteil. Es hatte zwar früher leicht höhere Preise, aber diese sind nach wie vor unverändert. Verkauft die AXPO zu Gesteungskosten direkt an die EKZ, ist es, davon sind wir überzeugt, ein Vorteil für beide Unternehmungen. Die AXPO produziert vermehrt für den Elektrizitätsbedarf des Kantons Zürich, die Produktion muss nicht an der Strombörse gehandelt werden. Stabile Strompreise sind für die gebundenen Kunden garantiert. Die Reduktion der mit den Strombörsen verbundenen Risiken auf Seite der AXPO ist auch zu begrüssen, weil wir keine Rettungsschirme mehr befürchten müssen. Und eine nachhaltige Finanzierung der erneuerbaren inländischen Stromproduktion ist garantiert, weil die Gesteungskosten übernommen werden.

Einerseits fordern wir, dass die EKZ die Beschaffungsstrategie anpasst, andererseits, dass der Regierungsrat und der EKZ-Verwaltungsrat über ihre AXPO-Beteiligung dafür sorgen, dass die AXPO dann auch tatsächlich den EKZ und den anderen Kantonswerken ihre Produktion verkauft.

Von der Beantwortung der beiden Postulate erwarten wir, dass uns einerseits aufgezeigt wird, wie man das realisieren kann. Wir hoffen, dass die EKZ auch gleich in die Realisierung unserer Forderung einsteigen, aber auch, strukturelle Fragen gestellt werden: Muss eventuell die eigene Strategie nochmals angepasst werden? Müssen die geplanten AXPO-Statuten noch modifiziert werden? Braucht es vielleicht auch Änderungen im Energie- und im EKZ-Gesetz? Da ja der Zürcher Kantonsrat den NOK-Gründungsvertrag (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) noch nicht abgelöst hat, haben wir hier immer noch die Möglichkeit, nachzubessern.

In diesem Sinne, im Sinne einer gesicherten, nachhaltigen Stromversorgung des Kantons Zürich bitte ich Sie, die beiden Postulate «EKZ und AXPO wieder näher zusammenzubringen» zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Wir haben schon viel über die AXPO gehört und unser gemeinsames Ziel sollte eine sichere und stabile Stromversorgung in unserem Kanton, aber auch in der ganzen Schweiz sein. Das beweisen die über alle Parteien hinweg eingereichten gemeinsamen Vorstösse. Die heilige Allianz aus SVP, SP, Mitte und EVP hat ihre Bedenken betreffend eine sichere Versorgung bereits im Frühjahr kundgetan, indem sie ihre Bedingungen zur Ablösung des NOK-Vertrags und zur Eignerstrategie gestellt hat, unter anderem, dass kritische Infrastrukturen und auch die Wasserwerke zwingend in Schweizer Hand bleiben sollen, auch dass der neue Vertrag rechtlich verbindlich und zeitlich unbegrenzt nach acht Jahren weiterläuft. Ich möchte damit sagen: Wir machen uns seit längerem Gedanken über die AXPO. Wir sind uns ihrer Relevanz durchaus bewusst. Der Grundgedanke der AXPO oder bis 2009 der NOK, der Nordostschweizer Kraftwerke, bestehend aus den neun Eignerkantonen, war eine eigene und sichere Stromversorgung für die aufstrebende Wirtschaft und die Bevölkerung sicherzustellen. Wir haben es heute auch schon gehört, durch die Teilliberalisierung des Strommarktes und die im Inland eher schwierigen Möglichkeiten, den Markt auszubauen, hat der Auslandhandel grosse Bedeutung gewonnen und ist ein Big Business geworden, deshalb auch die benötigte Staatsgarantie. Der Kanton Zürich besitzt mehr als ein Drittel-Anteil am zweitgrössten Stromproduzenten der Schweiz und steht trotzdem nicht besser als alle anderen da. Wir als ein Teil der Eignerkantone müssen uns gemeinsam auf die zukünftige Strategie unserer AXPO einigen.

Die Bevölkerung hat zu Recht Fragen an die Politik und kann es nicht verstehen, wie es zu dieser Misere kommen konnte. Unser Job ist jetzt nicht, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben und die Schuld hin und her zu schieben, sondern nach vorne zu schauen, unsere Verantwortung als Politiker wahrzunehmen und die Zügel wieder selber in die Hand zu nehmen. Neben den anderen Postulaten, die wir von der SVP auch mitunterzeichnet haben, fordern wir in diesem hier den Regierungsrat auf, dass er zusammen mit dem EKZ-Verwaltungsrat im Rahmen ihrer AXPO-Beteiligung zeitnah erwirken kann, dass die inländisch produzierte Elektrizität der AXPO direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher in den neun Eignerkantonen zu Gestehungskosten verkauft werden kann. Dabei sollten die Eignerkantone insofern bevorzugt werden, dass die Strompreise den effektiven Entstehungskosten angeglichen werden, quasi «back to the roots». Wir sind überzeugt, dass es im Interesse aller Beteiligten wäre, den eigenen produzierten Strom primär zur Versorgung von gebundenen Endverbrauchern zu nutzen. Die

Risiken des Handels an der Strombörse würden gemindert und die Eigenkantone wären als langfristige und verlässliche Abnehmer ein sicherer Wert.

Der Bund hat auch bereits signalisiert, dass er die Rahmenbedingungen für inländische Projekte vereinfachen und sogar mit Investitionsbeiträgen fördern will. Mit diesen Massnahmen und durch die zukünftige stärkere Gewichtung in Richtung Versorgungssicherheit haben alle gewonnen. Die SVP setzt sich klar für eine inländische, sichere und möglichst autarke Stromversorgung ein, damit unsere Einwohnerinnen und Einwohner auch in Zukunft nicht im Dunkeln sitzen müssen. Danke.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Wir haben eine gemeinsame Debatte beantragt, um etwas für die Ratseffizienz zu tun, und ich freue mich, Ihnen die Ablehnungsanträge der FDP vorzustellen. Ich spreche zuerst zum Postulat betreffend strategische Kontrolle und dann zu den anderen beiden, die ja zusammengehören.

Bei der strategischen Kontrolle ist die FDP weiterhin der Ansicht, dass die Entpolitisierung der Verwaltungsräte von staatlichen, aber am Markt tätigen Unternehmen richtig ist. Für die AXPO wurde dieser Grundsatz mit der Festsetzung der Eigentümerstrategie 2017 verwirklicht. Damals zog sich der Regierungsrat aus dem Verwaltungsrat zurück, und er begründete dies mit der Vermeidung von Interessenkonflikten. Und gleichzeitig betonte er, dass die Verwaltungsräte mit Personen zu besetzen seien, die über besondere fachliche Expertise und eine hohe Unabhängigkeit verfügen. Wir teilen die damalige Auffassung des Regierungsrats weiterhin. Aktive Politikerinnen und Politiker sind nicht die besseren Unternehmer. In Verwaltungsräten braucht es Personen, die über die fachlichen Kenntnisse und beruflichen Erfahrungen verfügen zur Führung einer Unternehmung. Selbstverständlich sollen diese Verwaltungsratsmitglieder über politische Sensibilität verfügen, das ist Teil des Anforderungsprofils. Die Kantone können entsprechend Personen ihres Vertrauens in den Verwaltungsrat entsenden. Im Gremium selbst jedoch müssen sie ihr Amt unabhängig ausüben können. Selbstverständlich ist auch, dass der Verwaltungsrat einen Dialog mit seinen Aktionären pflegt. Das ist bei der AXPO ja der Fall. Der Regierungsrat steht mit seinen Vertretern im regelmässigen Austausch und die AXPO trifft sich offenbar auch mindestens zweimal jährlich mit allen Aktionären.

Auch der Kantonsrat ist Teil des Aufsichtssystems. Wir haben bei der Revision des Kantonsratsgesetzes die parlamentarische Obergrenze

über die AXPO explizit ins Gesetz geschrieben. Das ist ganz neu, immer noch recht neu. Unsere dafür vorgesehene Kommission (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU*) beaufsichtigt die Aufsichtstätigkeit des Regierungsrates gegenüber der AXPO. Sie kann alle Informationen, die der Regierungsrat erhält, ebenfalls einfordern. Wir brauchen also keine aktiven Politikerinnen und Politiker, keine Regierungsräte im Verwaltungsrat der AXPO. Die Entpolitisierung dieser strategischen Führungsgremien ist im Interesse der Unternehmung und ihrer Eigentümer, des Kantons Zürich und der anderen AXPO-Eigenerkantone und deshalb lehnen wir dieses Postulat ab.

Nun noch schnell zu den beiden anderen Vorlagen, die wir ebenfalls ablehnen: Im Kern fordern ja diese Postulate, dass die Stromproduktion und die Verteilung im Netz wieder zusammenzuführen sein. Die EKZ müssen also beispielsweise künftig nicht mehr selber entscheiden, wo sie einkaufen will, sondern sie muss das halt bei der AXPO tun. Es geht hier also eigentlich um die Einführung von Gebietsmonopolen. Diese beschneiden die Freiheit derer, die selbst über ihren Strombezug entscheiden wollen. Und sie helfen nicht einmal gegen Versorgungskrisen. Denn selbst wenn der Kanton Zürich allen AXPO-Strom für sich beanspruchen könnte – die anderen bekämen dann halt gar nichts –, selbst wenn wir das tun könnten, liesse sich die Versorgung nicht durchgängig sichern. Es gibt immer Schwankungen von Angebot und Nachfrage, die sich nur über Märkte ausgleichen lassen. Der Kanton Zürich wird immer darauf angewiesen sein, Strom an Märkten zu beschaffen, ausser natürlich, man träumt von Autarkie, das Stichwort habe ich vorhin sogar gehört, vielleicht auch von Selbstversorgung und Anbauschlacht. Vielleicht träumt man auch ein bisschen vom Suffizienz oder predigt es so ein bisschen nach dem Motto: Es hat Strom, solange es halt hat. Für eine Gesellschaft, die stark und wettbewerbsfähig bleiben will, taugen solche Rezepte nichts. Zürich ist keine Insel. Die Schweiz ist keine Insel. Wenn alle anfangen, den Strom zu horten und Stromprotektionismus zu betreiben, schaden wir der Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes. Die Rückkehr zu Gebietsmonopolen macht Zürich nicht versorgungssicher, dafür braucht es anderes, das kennen wir oder zumindest viele von uns kennen es: Es braucht, erstens, den Ausbau der erneuerbaren Energien, also den parallelen Aufbau von Kapazitäten der Sonnenenergie und Wasserkraft. Versorgungssicherheit bedeutet natürlich auch für die AXPO, ihre Produktionskapazitäten auszubauen. Doch die Abnahme der Energie und ihre Verteilung bleibt Aufgabe der Versorger. Zweitens braucht es Investitionen in die Netze, um die zunehmend dezentral produzierte Energie besser und effizienter zu nutzen.

Und drittens braucht es eben auch die vertiefte Einbindung in den europäischen Strommarkt und den grenzüberschreitenden Handel. Abschottungspolitik und Stromprotektionismus bringen uns keinen Millimeter weiter. Deshalb lehnen wir beide Vorstösse ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Inzwischen haben wir es alle begriffen, dass die aussergewöhnlichen Preisausschläge sowohl die Kreditrisiken als auch die Sicherheitsleistungen und damit die Liquiditätsrisiken der Schweizer Stromunternehmen stark erhöht haben. Bekanntlich wurde von dieser Entwicklung dabei vor allem die AXPO voll erwischt. Das geht auch aus dem Bericht 2022 über die Umsetzung der Eigentümerstrategie hervor, den der Regierungsrat am 29. Juni dieses Jahres veröffentlicht hat. Dort ist zu lesen, dass die AXPO mit 16,2 Prozent keine solide Eigenkapitalquote erreicht hat und mit Ratings zwischen High BBB und A konnte das Ziel eines A-Ratings, wie in den letzten Jahren, nicht erreicht werden; alles keine rosigen Aussichten, um Krisen zu bestehen. Weiter ist diesem Bericht zu entnehmen, dass zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Bereitstellung der im Rahmen der erforderlichen Dekarbonisierung benötigten Elektrizität die inländische Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden muss.

Uns muss allen klar sein, dass die Energieversorgung ein wichtiger Pfeiler des Service public ist, sie ist offensichtlich systemrelevant. Der Kanton Zürich hat es aber versäumt, die AXPO auch als entsprechend zentralen Pfeiler des Service public zu behandeln. Die aktuelle Situation unserer AXPO erinnert mich an mein erstes Auto, einen Deux Chevaux, von dem ich hier schon mal gesprochen hatte. Bei schönem Wetter lief dieses Vehikel wunderbar, im Winter aber war es übel. Nicht selten musste ich mit der Handkurbel dem etwas zu schwach ausgestatteten Motor auf die Sprünge helfen. Und der Minimalismus bei der Ausgestaltung der Karosserie hatte schon bald zur Folge, dass äussere Witterungseinflüsse an allen Ecken und Kanten zur Rostbildung führten. Zu guter Letzt hatte ich es zudem sogar einmal geschafft, dass mir der Wagen bei zu riskantem Abbiegen auf die Seite gekippt ist; zum Glück und erstaunlicherweise ist dabei alles glimpflich abgelaufen.

Weniger glimpflich sieht es bei der AXPO aus. Ich denke, die Analogien haben Sie gut erkannt. Kaum werden die äusseren Umstände unwirtschaftlich, wird handfeste Unterstützung nötig – vom Staat, notabene. Die ganze Konzeption funktioniert nur bei schönem Wetter einwandfrei. Und dass das Vehikel zu unsicher unterwegs ist, hat letztendlich auch mit den Fähigkeiten der Steuerungsverantwortlichen zu tun. Es ist also

Handlungsbedarf angesagt, und all diese Gründe haben zu den vorliegenden drei Vorstössen geführt. Wollen wir den Karren aus dem Dreck fahren, müssen wir sie annehmen und den Regierungsrat beauftragen, uns neue Vorschläge zu machen, wie wir in Zukunft sicher unterwegs sein können mit unserem grössten Stromversorger des Landes.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Die Grünen haben von diesen drei Vorstössen nur den mittleren unterzeichnet, die anderen zwei nicht, und entsprechend werden wir auch abstimmen. Wir haben jedoch auch bei den zwei anderen Vorstössen keine Diskussion verlangt. Man hätte sie aus unserer Sicht auch durchgehen lassen können. Ich kann unsere Ambivalenz vielleicht so umschreiben: Ja, es braucht grosse Veränderung bei der AXPO. Aber nein, nicht alle diese Vorstösse sind wirklich so präzise und zielführend.

Wenn Sie sich vergegenwärtigen wollen, wie der Karren in den Dreck gefahren wurde, dann kann ich Ihnen den Artikel von Marius Huber im Tages-Anzeiger vom 10. Oktober 2022 sehr empfehlen. Es ist eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, die eigentlich nicht hinter der Causa «Credit Suisse» (*Schweizer Grossbank*) zurücksteht. Interessantes Detail: Die Regierungsräte zogen sich erst 2017 aus dem Verwaltungsrat der AXPO zurück. Aber zu diesem Zeitpunkt war der Schaden eigentlich grossenteils schon angerichtet. Deshalb glaube ich auch nicht, dass die Rückkehr der Politiker das Wundermittel wäre, jedenfalls nicht das einzige.

Erstens ist es so, dass die AXPO an und für sich ein Fehlkonstrukt ist. Man soll Dinge kantonal regeln oder national, aber diese Zwischenlösungen, diese Kooperationen mehrerer Kantone, die sind einfach extrem schwierig. Da hat niemand mehr wirklich was zu sagen, niemand will wirklich die Verantwortung. Wie wir sehen, funktioniert das schlecht. Und dann zeigt für mich diese Geschichte, dass die Liberalisierung des Strommarktes krachend gescheitert ist. Der Glaube, dass die Stromversorgung bloss durch die ominöse unsichtbare Hand des Marktes gesichert sei, auch wenn kein einzelner Akteur verantwortlich ist, dieser Glaube hat sich als Irrglaube erwiesen.

Wie gesagt, ob diese Postulate jetzt alle überwiesen werden oder nicht, ist aus unserer Sicht nicht das Zentrale. Hauptsache, wir haben gemerkt, dass etwas faul ist, und werden aktiv. In diesem Sinne begrüsse ich es ausserordentlich, dass die Kantone Zürich und Aargau eine Durchleuchtung der AXPO durch eine externe Revisionsstelle in Auftrag gegeben haben. Das ist wirklich sehr wichtig und bedeutend zum jetzigen Zeitpunkt. Die Durchleuchtung muss gründlich sein und die Resultate

müssen dann auch von den richtigen Stellen im Kanton Zürich sorgfältig ausgewertet werden.

Ich bezweifle nicht, dass diese externe Revisionsstelle ihre Arbeit professionell machen wird, aber sogar mir als Laien fallen zur AXPO doch einige interessante Fragen ein, zum Beispiel: Warum wurde nicht schon vor einem Jahr viel entschlossener gehandelt? Immerhin war per Ende September 2021 die Eigenkapitalquote innert einem Jahr von 31 auf 16 Prozent abgesackt, verursacht durch eine enorme Bilanzverlängerung. Was wurde da innerhalb der AXPO schon diskutiert? Wurden schon Notsignale ausgesendet? Andere Frage: Aus welchen Geschäftstätigkeiten ist der zusätzliche Liquiditätsbedarf entstanden? Im Finanzbericht 2020/2021 wird die Absicherung der eigenen Produktion als – ich zitiere – «ein Treiber» der massiven Bilanzverlängerung bezeichnet. Ein Treiber unter anderen Treibern? Welches waren dann die anderen Treiber? Mir fallen auch Fragen ein, die weniger direkt mit dem aktuellen Liquiditätsengpass zu tun haben, zum Beispiel: Aus welchen Gründen und zu welchen Konditionen wurden kürzlich Produktionsanlagen für erneuerbare Energie verkauft? Oder warum wurde die Division Erneuerbare reorganisiert, die bisherigen Strukturen zerschlagen und damit der Verlust von viel Know-how hingenommen? Oder für welche Bereiche der AXPO bestehen Pläne für die Auslagerung ins Ausland? Welche Ziele will man damit erreichen? Oder warum wurde bei der AXPO ein branchenfremder CEO (*Christoph Brand*) eingestellt, was hat man sich davon erhofft? Fragen über Fragen, ich bin sehr gespannt auf Antworten.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Stellen Sie sich vor, es kommt zu einer Strommangellage in der Schweiz und in den Medien ist zu lesen «Die Schweiz liefert Strom ins Ausland». Werden sich dann Aktivistinnen an Strommasten kleben und die Kühltürme mit Kartoffelstock bewerfen? (*Anspielung auf Protestaktionen von Teilen der Klimabewegung.*) Ganz bestimmt wird sich die breite Bevölkerung massiv daran stören, und dies zu Recht. Der Strommarkt ist ein sehr komplexes Konstrukt. Erst die akute Gefahr einer Strommangellage hat uns unangenehm vor Augen geführt, dass sich der Strommarkt in eine Richtung entwickelt hat, die unsere Stromversorgung gefährden könnte. Ein Bestandteil dieser Entwicklung war auch, dass die Kontrolle der AXPO fast vollständig aus der politischen Hand gegeben wurde. Es kann nicht sein, dass die Interessen der Bevölkerung und die garantierte Stromversorgung dem Gewinnstreben vollständig untergeordnet werden. Selbstverständlich muss dennoch ein Unternehmensgewinn der AXPO weiter

angestrebt werden. Wir erwarten aber, dass die Eignerkantone, für uns der Kanton Zürich, wieder direkten Einfluss auf die AXPO nehmen und ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht wieder stärker nachkommen, um die Energieversorgung als wichtiger Service public sicherzustellen.

Eine weitere Eigenheit des Strommarktes hat zur Folge, dass die Kantonswerke den Strom nicht mehr bei der AXPO direkt kaufen, sondern über den Strommarkt; für den Kanton Zürich als Eigentümer der EKZ und grösster Eigner der AXPO eine absurde Situation.

Die Mitte-Fraktion unterstützt aber auch die Forderungen in den zwei weiteren Postulaten. Der Regierungsrat und der EKZ- Verwaltungsrat sollen aufzeigen, wie und mit welchen Folgen die heutige marktbasierete Beschaffungspolitik auf eine Beschaffung bei der AXPO umgestellt werden kann, speziell für erneuerbare und inländische Produkte. Die Geschäftsbeziehungen zwischen EKZ und AXPO müssen dafür geprüft und eventuell überarbeitet werden. Versuchen wir zu verhindern, dass unsere Lichter ausgehen und sich jemand an einen Strommast kleben muss. Die Mitte-Fraktion unterstützt alle drei Postulate.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich habe eine kurze Bitte: Die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten sollen doch bitte kurz ins Sitzungszimmer kommen (*zur Besprechung einer Änderung der Traktandenliste*). Martin Hübscher hüpft dann nach.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Der Kanton Zürich ist direkt oder indirekt mit über 36 Prozent an der AXPO beteiligt, wir haben das gehört, und der Kanton Zürich ist damit der grösste Aktionär und hat auch eine entsprechende Verantwortung bei der Einbringung der Eigentümerinteressen und auch bei der Wahl der operativen Führung. Und bereits mit der Ablösung des NOK-Gründungsvertrages hat die SVP zusammen mit den unterzeichnenden Fraktionen dieses Postulates insistiert und einer befristeten Eignerstrategie nicht zugestimmt, bei welcher die Werke nicht dauerhaft in Schweizer und die Netze in öffentlicher Hand bleiben. Anfangs wurde lamentiert, das gehe nicht, weil bereits fast alle anderen Kantone zugestimmt haben und weil es vielleicht sonst Neuverhandlungen brauche. Und plötzlich, als klar war, dass es sonst nicht weitergeht, kam Bewegung rein und es liegt nun eine unbefristete Strategie vor.

Es gibt auch sonst noch Parallelen zu den nun vorliegenden Vorstössen: Die SVP hat schon immer kritisiert, dass wir die Stromproduktion im Inland ausbauen müssen und dass die Produktion im Ausland im besten Fall Finanzanlagen sind, die aber dem Kernzweck, der Sicherung der

Stromversorgung der Eignerkantone, keinesfalls dienen. Auch haben wir schon immer auf die Risiken des Handels hingewiesen und prophezeit, dass uns das eines Tages um die Ohren fliegen wird. Wir sprechen da explizit nicht vom angetönten Eigenhandel, welchen der FDP-Sprecher angetönt hat.

Wir zweifeln nicht an den Erfolgswahlen der AXPO in den vergangenen Jahren, aber es ist einfach nicht die Aufgabe einer Firma im Staatsbesitz, die erst noch systemrelevant ist, solche Risiken einzugehen. Genau da fehlt uns die politische Komponente im strategischen Führungsorgan, und das wollen wir korrigiert haben. Der Regierungsrat muss Verantwortung übernehmen und unsere Eigentümerinteressen gemäss den politischen Mehrheiten vertreten. Und die politische Mehrheit erwartet nun mal von der AXPO die Versorgungssicherheit im Inland zu vernünftigen Preisen, und dazu braucht es in erster Linie eine genügende Produktion im Inland. Gut, Sie können sagen, die Energiestrategie, welche der Bundesrat den Stimmbürgern mit falschen Angaben verkauft hat, basiert auf Import von Winterstrom und dem Bau von Gaskombikraftwerken. Auch davor hat die SVP schon immer gewarnt. Strom ist einer der wichtigsten Pfeiler in der Grundversorgung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft, wir haben das gehört. Genau deshalb macht die Beteiligung des Kantons Sinn und genau darauf muss sich die Firma konzentrieren und strategisch ausrichten.

Stärken Sie diese Positionen, lassen wir die Regierung die drängenden Fragestellungen beantworten und setzen wir unsere Beteiligungen ein für eine effektive Versorgungssicherheit in unserem Kanton. Immerhin hat der Regierungsrat erkannt, was die politische Mehrheit will, das an die Adresse der FDP, die hier Diskussion verlangt hat, und er möchte die Postulate entgegennehmen. Das ist ja mal ein erfreulicher erster Schritt. Danke, wenn Sie die Postulate überweisen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Nun sind wir schon wieder mitten in der nächsten AXPO-Debatte, vielleicht diesmal ein wenig konkreter, auch wenn das Mittel der Postulate vielleicht nicht unbedingt dafür spricht; das ist aber wahrscheinlich auch besser so. Ich könnte Ihnen vielleicht zuerst eine lange Standpauke halten, diese mal ein bisschen in Kurz, aber ich will hier einfach zu Beginn mal betonen, dass wir von der AL von Anfang an – und mit «von Anfang an» meine ich in der geschichtlichen Rückblende 20 Jahre zurück – schon gegen die Teilliberalisierung waren, diese bekämpft haben und dies durchaus zumindest mit Teilerfolgen, indem eine komplette Marktliberalisierung abgewendet werden konnte.

Ich komme nun zum Postulat 330/2022. Hier vielleicht geschichtlich noch etwas vorweg, vor allem an die Adresse der SVP: Man kann natürlich die Meinung auch ändern, das finden wir gut so. Aber wir wollen hier schon sagen, dass der Regierungsrat – es wurde vorher schon gesagt – hier nicht mehr an Bord ist, er ist nicht mehr im Verwaltungsrat. Das ist unter anderem auch auf Markus Kägi, damaliger SVP-Regierungsrat, zurückzuführen, und auf Regierungsrat Stephan Attiger, seines Zeichens FDP aus dem Kanton Aargau. Wir von der AL sind klar Meinung: Der Regierungsrat gehört in den Verwaltungsrat. Wir waren auch bei anderen Themen, die unabhängig davon sind, zum Beispiel bei der Spitalratsdebatte dieser Meinung. Nun habe ich dagegen gehört, dass Politiker es nicht besser machen als Fachleute. Dem will ich einfach entgegenhalten: Das ist hier gar nicht die Frage. Es geht hier auch um politische Kontrolle, wie nahe sind wir hier dran? Und ich möchte auch bezweifeln, dass jemand, der früher Direktor für den Handel mit strukturierten Produkten im Verwaltungsrat von einer Enron Europe (*Energiekonzern*) war, einem Unternehmen, das einen der grössten Unternehmensskandale der USA produzierte, als es Konkurs ging, hier eine bessere Arbeit leistet als ein Regierungsrat; das ist auch immer von der Person abhängig.

Gehen wir nun weiter zu den Postulaten 331/2022 und 332/2022, wo man durchaus einen Zusammenhang sehen kann. Hier sind wir der Meinung, die AXPO ist der Stromversorger unseres Kantons und soll es sein, das soll mal als Prinzip her über dem Ganzen stehen. Und ja, der von der AXPO produzierte Strom soll primär mal für den Eigenverbrauch unserer Kantone beziehungsweise der Standort- und Eigenerkantone der AXPO eingesetzt und nicht über den freien Markt gehandelt werden. Das Ganze soll aus einem Guss erfolgen. Und wenn es aus einem Guss erfolgen soll, dann sollte der Strom auch zu Gestehungskosten an die Verbraucher des regulierten Marktes verkauft werden. Und natürlich, wie vorher auch schon betont, gehört die ganze Stromproduktion und so weiter möglichst in die öffentliche Hand. Was vielleicht auch noch zu sagen und uns auch bewusst ist: Wir können hier keine vollständige Abschottung vornehmen. Aber wir können durchaus eine Fokussierung fordern, eine Fokussierung auf eine inländische Stromproduktion, auf eine nachhaltige Stromproduktion, und auch eine stärkere Fokussierung darauf, dass mehr Strom hier in der Schweiz produziert wird. Ein Handel ist, wohlgemerkt, auch ohne einen teilliberalisierten, ohne einen freien Markt möglich, für einen Ausgleich von Schwankungen, der durchaus notwendig ist. Und wir wollen auch hier nicht ausschliessen, dass durchaus auch sinnvoll sein kann für die

Stromproduktion, für eine ausgleichende Stromproduktion, dass hier und da auch in ausländische Stromwerke, Offshore-Windparks und so weiter investiert wird. Dies sollte aber definitiv nicht primär der Fall sein beziehungsweise der Fokus sollte im eigenen Gebiet liegen. Nun ja, die fetten Jahre sind vorbei. Nehmen wir das Steuer wieder in die Hand. Es ist sehr wichtig, dass nun gehandelt wird. Das Ganze sind Postulate. Was ich damit sagen will: Wie es halt dann genau aussieht, wie das konkret wird, das wird sich weisen. Hierfür ist auch die Form der Postulate gut. Es sind keine PI, sondern sie sollen mal wirklich den Input liefern: Ja, hier muss was gemacht werden. Wir seitens der Alternativen Liste werden, wenig überraschend, alle drei Postulate überweisen. Besten Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich glaube, wir sind uns hier drin alle einig: Mit der AXPO haben wir tatsächlich Probleme. Der Rettungsschirm ist aber als Begründung denkbar ungeeignet, um diese Probleme zu diskutieren. Der Rettungsschirm ist notwendig wegen des Marktdesigns an der Börse. Es geht darum, die Preise abzusichern, die im Terminhandel vorhanden sind, und es ist ein reines Finanzgeschäft, das für den Bund vermutlich ein sehr, sehr gutes Geschäft sein wird, da ja dieser Rettungsschirm mit bis zu 10 Prozent verzinst ist. Es ist aber kein Risiko oder kein relevantes Risiko für die AXPO hier drin. Aber wir haben Probleme und wir brauchen bei der AXPO etwas. Und wir brauchen dringend Transparenz bezüglich der technischen, der wirtschaftlichen und der politischen und ökologischen Risiken, die in der AXPO drinstecken. Wir brauchen hier eine Übersicht. Wir müssen wissen, welche Risiken langfristig bei der AXPO drinstecken. Und wir brauchen bei der AXPO auch eine Struktur, die führbar ist. Die AXPO-Holding ist ein kompliziertes Firmengestrüpp mit Tochtergesellschaften, mit diversen Kreuzbeteiligungen. Man kann teilweise fast den Eindruck bekommen, die AXPO soll nicht kontrolliert und nicht führbar sein. Das brauchen wir, aber was wir nicht brauchen, ist eine Re-Politisierung des Verwaltungsrates. Das ist keine sinnvolle Massnahme und es garantiert auch keine sinnvolle politische Vertretung und/oder sogar eine fachliche Kontrolle, die im Verwaltungsrat ausgeübt werden kann. Wir haben dafür verschiedenste Instrumente: Wir haben einerseits die Aufsicht gestärkt, also die Aufsicht im Kantonsrat, in der Aufsichtskommission. Wir haben aber auch den regelmässigen Austausch der Regierungsräte der Eigner Kantone, die über ebendiese politische Ausrichtung oder die die Zielrichtungen dort mit der Geschäftsleitung, mit dem Verwaltungsrat, mit der Führung im Austausch sind, wir haben da

also bereits ein Instrument. Wir haben die Eignerstrategie. Auf diese Eignerstrategie können wir als Parlament sogar mit Postulaten Einfluss nehmen. Und zu guter Letzt haben wir auch das Energie- und das EKZ-Gesetz, mit dem wir eben auch Vorgaben machen können, wie das Geschäftsmodell der AXPO aussehen soll. Also was wir hier dringend und rasch brauchen, sind Transparenz und Entflechtung, aber sicher keinen Schnellschuss bezüglich einer Re-Politisierung des Verwaltungsrates. Bei den zwei anderen Postulaten geht es um etwas anderes. Ich glaube, alle hier drin, zumindest diejenigen, die Kinder haben, kennen die Diskussionen um die Handynutzung: Wie wollen wir das lösen? Was aber ganz klar ist: Vermutlich in keiner der Familien ist das Einführen eines Telefons im Flur mit einer Wählscheibe und möglicherweise einem langen Kabel die Lösung. Aber das ist genau das, was die zwei anderen Postulate fordern: Ein Zurück in einen Zustand aus dem vorletzten Jahrhundert. Die Welt hat sich verändert seither. Das wirtschaftliche und regulatorische Umfeld hat sich verändert, und das muss berücksichtigt werden. Rechtlich haben wir hier sowieso Hürden, da es sich dabei um zwei unabhängige Firmen handelt, die dann hier möglicherweise respektive ziemlich sicher in Konflikt mit dem Kartellrecht kommen. Aber es gibt auch zwei weitere gewichtige Gründe, die dagegensprechen: Wenn der Strom einfach zu Gestehungskosten von den EKZ aufgekauft wird, dann heisst das für die AXPO: Sie muss bei ihren Investitionsentscheidungen nicht mehr auf die Wirtschaftlichkeit und nicht mehr auf die Effizienz achten. Was das wiederum bedeutet, wissen wir auch: Die Preise steigen. Die Preise steigen für die Stromkonsumenten, die keine andere Option haben. Wir können das beispielsweise bereits im BKW-Versorgungsgebiet (*Berner Energieunternehmen*) beobachten. Dass jetzt die SVP und die SP, die behaupten, dass es sich für das Wohl der einfachen Bürger einsetzen, diesen nun sagen «ja, ihr müsst das einfach alles bezahlen, die höheren Strompreise», das ist eigentlich keine sinnvolle Antwort. Sinnvolle Investitionen zur Stromerzeugung und zur Zwischenspeicherung, insgesamt in Energiesysteme, brauchen geeignete Rahmenbedingungen und ein gutes Strommarktdesign. Daran müssen wir arbeiten und nicht irgendwie an der Wiedereinführung eines Staatskapitalismus. Hier ist aber primär mal der Bund gefordert und der hat in der Vergangenheit geschlafen. Es ist auch offensichtlich, dass es Kräfte gibt, die ein nachhaltiges, klimaschonendes und biodiversitätsverträgliches Energiesystem torpedieren möchten. Das müssen wir ändern, aber auf nationaler Ebene und nicht mit diesen Postulaten. Wie lehnen auch diese beiden ab.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Die AXPO ist kontrolllos, vollends aus dem Ruder gelaufen. Die gesamten Grundaufträge der AXPO, Ausbau der inländischen Produktion und Sicherstellung der Versorgungssicherheit, gehen der AXPO, wie gegenüber der Presse mehrfach festgestellt wurde, heute total am Arsch vorbei. Erhöhung der Produktion und Sparen der Einwohner der Schweiz ist nur noch schön für die AXPO, weil sie noch mehr Strom verzocken kann. Wir sparen für die AXPO, für deren Zockerverkäufer, nicht für die eigene Versorgungssicherheit. Wir zahlen die Zeche der AXPO, nicht die eigene Produktion. Das ist total aus dem Ruder gelaufen – mangels jeglicher fachkundigen Kontrolle. Die jetzigen Verwaltungsräte und die jetzige Geschäftsleitung sind offensichtlich nicht in der Lage, eine sinnvolle Kontrolle des grössenwahnsinnig entwickelten Handelssystems der AXPO zu gewährleisten. Hier ist dringend ein Ausbau der politischen Kontrolle durch die Eignerkantone notwendig. Ich könnte mir sehr gut den Baudirektor und den Finanzdirektor (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) aus Zürich im Verwaltungsrat der AXPO vorstellen.

Einen Rat kann ich aber hier als erfahrener Strafverteidiger geben: Haltet gut und genau fest, wenn ihr in diesen Verwaltungsrat geht, was alles vor eurer Zeit gelaufen ist, damit man euch dann, wenn es mal knallt – oh Wunder, die Schweiz hat auch Gesetze, es gibt auch Strafgesetze – bezüglich ungetreuer Geschäftsführung und Ähnlichem nicht anlasten kann, was vor eurer Zeit gelaufen ist. Aber nehmt die Keule und die Bremse hervor, um diese Auswüchse einzudämmen. Es sind Auswüchse verheerenden Ausmasses. Es sind Spekulationen mit Termingeschäften, die ungefähr die Grössenordnung des Bundeshaushalts erreicht haben, von Versorgungssicherheit nicht die geringste Rede. Sorgt dafür, dass wieder Versorgungssicherheit ins Zentrum der Aufgaben der AXPO rückt, etwas anderes ist nicht tragbar. Wir brauchen keine grössenwahnsinnige Handelsplattform, auch wenn sie scheinbar über Jahre schöne Gewinne abwirft, wie es auch die Investment-Banken der CS (*Credit Suisse, Schweizer Grossbank*) gemacht haben. Das kam vor den Milliarden-Verlusten. Die Milliarden-Verluste sind jetzt zu erwarten. Nun, wir wissen, viele Manager denken «nach uns die Sintflut» und vielen grossen Managern der Schweiz ist es gelungen, gross abzugarnieren, und die Sintflut kam nachher. Wir sehen das bei Grossbanken, wir sehen das bei anderen Betrieben. Unser Kanton hat eine seriöse Regierung und solche Leute gehören in den Verwaltungsrat. Und wie gesagt, sie sollen die Keule und die Bremsen hervornehmen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Landmann, Sie verbinden die AXPO immer mit einem gewissen Körperteil. Ich bitte, das in Zukunft zu unterlassen. Besten Dank.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Wir haben jetzt ein paar markige Worte gehört von Verzocken und von kriminellen Machenschaften. Ich glaube, es ist an der Zeit, vielleicht auch wieder einmal hier auf den Boden der Realität zurückzukommen. Daniel Heierli hat in seinem Votum erklärt, warum wir nur eines dieser Postulate unterstützen. Und auch bei diesem Postulat wissen wir, dass dieser Vorstoss nicht die Lösung unseres Energieproblems ist. Aber vielleicht kann es helfen, dass sich die momentane Lage mittel- oder langfristig entspannt. Wir haben in unserem Kanton das Paradoxon, dass der Kanton eine Firma als selbstständige Anlage führt und bei einer anderen Firma mit einer grossen Beteiligung involviert ist und dass diese beiden Firmen so tun, als ob sie nichts miteinander gemein hätten. Dies ist unverständlich und in der momentanen Situation nicht nachvollziehbar. Wir sind uns aber auch als Mitunterzeichner zweierlei bewusst: erstens, dass wir das momentane Problem einer drohenden Strommangellage nicht mit einem Fingerschnippen und schon gar nicht mit diesem Vorstoss lösen, weil insbesondere die AXPO ihre Stromproduktion und die EKZ ihren Strombedarf für die nächsten Jahre bereits verkauft respektive eingekauft und gesichert haben. Hier jetzt sofort einzugreifen, würde bedeuten, dass die AXPO eingegangene Verpflichtungen nicht mehr erfüllen könnte und am Strommarkt teuer neuen Strom einkaufen müsste, um ihren Verpflichtungen bei anderen Geschäftspartnern nachzukommen, und bei den EKZ, dass sie allenfalls zu viel Strom hätten, den sie gar nicht brauchen und allenfalls dann auch wieder am Dritte verkaufen müssten. Zweitens verschwindet mit dem Vorstoss die Abhängigkeit von ausländischen Stromproduzenten nicht, und wir müssen weiterhin am Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz arbeiten. Das bedeutet nichts anderes als das Potenzial von Sonnen- und Windenergie zu erkennen und auch sinnvoll zu nutzen. Entsprechende Bestrebungen wurden ja auch schon von unserer Kantonsregierung in die Wege geleitet. Wer heute aber diesen Vorstoss nicht unterstützt, der will billig aus der drohenden Notlage Kapital schlagen. So etwas ist beschämend und einer demokratischen Partei unwürdig. Wir werden diesen Vorstoss 331/2022 unterstützen und mittragen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn man Ihnen zuhört, Herr Landmann, dann meint man eigentlich, Sie seien ein Linkspopulist. Sie überborden mit Ausdrücken gegen die Abzockerei, gegen raffgierigen Kapitalismus, gegen Händler, und dann kommt noch die Kritik an der CS rein. Man hat also wirklich das Gefühl, Sie möchten eine neue Karriere als linkspopulistischer Politiker starten; vielleicht die dritte Karriere in Ihrem Leben. Sie können das schon, aber entscheidend ist, dass Sie natürlich von etwas ablenken, und das scheint mir doch das ganz Entscheidende hier drin zu sein. Die AXPO und, wie sie früher hiess, die Nordostschweizerischen Kraftwerke, die haben diese Politik ganz bewusst gemacht. Das ist nicht irgendwie von Geisterhand gemacht worden, dass sich da irgendwelche Manager hochgedient und jetzt ihre Kassen gefüllt haben. Das waren politische Entscheide, aufgrund dessen die NOK respektive die AXPO jetzt in dieser Situation stecken. Und die NOK – ich sage bewusst NOK, weil es die Nordostschweizerischen Kraftwerke sind – und die AXPO sind seit 40 Jahren, seit ich mich für die Politik interessiere – gut, das schon mehr als 40 Jahre – immer in der Kritik der Linken gestanden und nachher auch der Grünen, weil das eine abgeschottete Exekutiv-Welt war. Die Parlamente hatten zu den NOK nichts zu sagen, da sassen immer die Regierungsvertreter drin, und das waren die Energielobbyisten und das waren vor allem Politiker der FDP, der SVP und auch der CVP. Das waren die grossen Macher in den NOK und dann in der AXPO. Die haben diesen Schlamassel – wenn es ein Schlamassel ist, wie Sie gesagt haben – angerichtet, und niemand anders. Also es hat einen konkreten Namen. Das war immer erzbürgerliche Energiepolitik, die da gemacht wurde, und nichts anderes: zuerst Atomlobby, dann dieser Handel, all das ist auf einem ganz besonderen Mist gewachsen – ich glaube, diesen Ausdruck darf man sagen, das hat nichts mit einem Körperteil zu tun –, und das ist bürgerlicher Mist.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Wir haben jetzt viel gehört. Und natürlich war Markus Bischoff nur dabei, wenn es um andere Sachen ging, und nie, wenn es um das ging. Denn man kann ja gut kritisieren, wenn etwas falsch läuft. Die FDP verabschiedet sich nach der Diskussion ihrer dringlichen Interpellation (*KR-Nr. 333/2022*); man hat ja darüber gesprochen, das genügt jetzt. Und Beat Bloch und der Sprecher der GLP sind der Meinung, dass diese Postulate keine Lösungen bringen. Natürlich können wir von politischen Postulatsforderungen keine Lösungen erwarten. Wir können nur einen Auftrag unterbreiten, wir können diesen zur Prüfung unterbreiten, und wir bekommen bestenfalls einen Bericht, was damit geschieht. Und falls irgendwann der Regierungsrat

auch noch nach dem Auftrag lebt, den er mit einem Postulat bekommt, dann können wir von einer Lösung sprechen und dann ändert sich vielleicht irgendetwas. Sie sehen also auch hier die Politik der kleinen Schritte, und diese drei Postulate gibt es nur als Gesamtpaket. Ein Rosinenpicken, was man dann lieber hätte oder weniger gern, das spielt hier in diesem Moment keine Rolle. Es braucht alle drei, alle drei sind zu prüfen, alle drei Postulate ergeben nachher einen Bericht, den die AWU, Herr Habegger, natürlich auseinandernehmen kann. Die AWU kann dann ihren Job machen auf der Grundlage dieser Berichte, und wir sehen dann, wie es weitergeht. Wir haben jetzt schon den zweiten Montagmorgen mit der AXPO und den Problemen im Strommarkt verbracht. Und jetzt ist es an der Zeit, dass wir diese Postulate überweisen und den Auftrag auch erteilen, damit konkret irgendetwas passiert und wir einen Bericht darüber bekommen. Unterstützen Sie also diese Postulate und fangen Sie nicht an, Details schlecht oder weniger gut zu finden. Es ist nicht das Gelbe vom Ei, das behauptet niemand, aber es braucht jetzt diesen Druck, es braucht jetzt diese Vorstösse, und ich danke, wenn Sie der SVP hier folgen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich möchte gerne etwas replizieren: Wenn man die FDP zusammenfassen möchte, dann wollte die FDP letzte Woche etwas Aufregung produzieren, hatte aber keine Ahnung, was sie ändern und wie sie was anpassen will. Wir haben hier doch immerhin konkrete Lösungsvorschläge. Die FDP hat ja dann auch gefunden, es brauche das gar nicht, wir hätten ja die Oberaufsicht. Und dann wurde von FDP und GLP erwähnt, man habe ja zweimal jährlich diesen Austausch – voll toll.

Da muss man einfach schon sagen: Ein direkter Einfluss im Verwaltungsrat ist dann schon etwas eine andere Liga als eine parlamentarische Oberaufsicht. Wir alle wissen, wie mühsam es ist, via die parlamentarische Oberaufsicht irgendwas auf das richtige Gleis zu geben. Da ist es aber natürlich wichtig, wenn man diese direkte Einflussnahme hat, dass es dann auch gewisse Leitlinien im Rahmen der Gesetze gibt, mit denen das Parlament festschreiben kann, wohin dann unsere Regierung den Tanker AXPO steuern soll.

Die FDP hat gesagt, die Freiheit der Leute bei der freien Wahl der Energie würde beschränkt, wenn die EKZ bei der AXPO einkaufen. Na ja, so frei ist die Freiheit nicht. Als gebundener Kunde muss ich meinen Strom bei den EKZ kaufen. Ob dann die EKZ gebunden ist oder nicht, bindet mich als gebundenen Kunden jetzt weder mehr noch weniger.

Dann war die Rede von einer Abschottungspolitik. Ich glaube, Sie verwechseln Realismus mit Abschottungspolitik. Es ist einfach eine realistische Energiepolitik, wenn man sicherstellen will, dass man doch über einen gewissen Zeitraum eine Eigenversorgung aufbaut. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Portfolio-Optimierung abgeschafft würde. Es wäre ja absurd, wenn die Speicherkraftwerke am Mittag laufen müssten, wenn es günstigen Solarstrom gibt. Diesen Eigenhandel wird es auch weiterhin geben, auch mit unseren Vorstößen. Es wäre absurd, Speichersee-Inhalt zu vergeuden, wenn billiger Windstrom vorhanden ist. Das wird es auch weiterhin geben. Wer etwas anderes behauptet, hat keine Ahnung von Stromversorgung.

Es wurde aber auch behauptet, es hätte quasi keine Auswirkungen. Das ist falsch. Einerseits würde es dazu führen, dass die Preise stabiler sind. Das ist im Interesse der Wirtschaft, das ist im Interesse der Planbarkeit. Es würde aber auch dazu führen, dass langfristig das Investitionsklima ein ganz anderes ist. Man weiss, was man zurückbekommt. Man weiss, dass die Investitionen getätigt werden können, man kann es refinanzieren. Und das führt zu einer höheren Versorgungssicherheit. Die jetzige Situation hat zu einem Klima geführt, in dem es eigentlich nicht tragbar war, in Wasserkraft zu investieren; das ist einfach absurd. Das kann einfach nicht sein und daher nützt es eben der Versorgungssicherheit. Wenn die AXPO das zu Gestehungskosten weiterverkaufen kann, dann ist es eben wichtig, dass wir einen politisch besetzten Verwaltungsrat haben. Denn dessen Aufgabe ist es eben, auch an die Versorgung zu denken, dass diese nicht teurer wird. Denn sonst könnte ja tatsächlich ein Unternehmen auf die Idee kommen, man möchte hier eine Gewinnmaximierung betreiben.

Die GLP hat behauptet, wir wollten zurück zum Telefon auf dem Flur. Ich glaube, die GLP hat sich technisch etwas vertan. Die Strommarktliberalisierung war nicht das Handy, die Strommarktliberalisierung war das Blei im Benzin, mit dem man das Knattern verhindern wollte. Die Strommarktliberalisierung war das FCKW (*Fluorchlorkohlenwasserstoff*), ein tolles Kühlmittel, das dummerweise das Ozon zerstört. Die Strommarktliberalisierung war DDT (*Dichlordiphenyltrichlorethan*), ein wunderschönes Herbizid, hat dann leider andere Schäden verursacht. Es gibt viele Fortschritte, viele Änderungen der Welt, von denen man am Schluss merkt: Sie waren nicht die schlausten. Man muss das eingestehen, man muss es erkennen und dann ist es nicht falsch, wenn man einen Schritt zurück macht in die Vernunft, in die Zukunft einer guten Versorgung für unser Land. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich bin kein Energiespezialist, aber ich darf von mir sagen, dass ich diesen Handelsschlamassel habe kommen sehen in den Jahren 2014/2015, und ich denke, der nächste Schlamassel – Terminus Landmann – steht vor der Tür. Diese drei Postulate werden Sie heute überweisen und das ist auch richtig so. Dann gibt es Antworten der Regierung darauf, und die braucht es, bevor man endlich, endlich jetzt eine Auslegeordnung machen kann und muss, und die wird auch politisch sein.

Wir haben ja noch ein Geschäft (*Vorlage 5813*) zu dieser AXPO und das liegt in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Der omnipräsente Präsident der KEVU, zurücktretender Kantonsrat Gantner (*Alex Gantner*) ist nicht ans Mikrofon getreten und hat gesagt: «Verdammt nochmal» – ich brauche jetzt auch ein Kraftwort, Frau Präsidentin – «verdammt noch mal, raufen wir uns doch endlich zusammen! Raufen wir uns doch endlich zusammen, damit wir diesen Schlamassel AXPO auseinanderdividieren, auf den Tisch legen und nachher politisch dazu eine Entscheidung fällen!» Jetzt kommt dann noch der Präsident der Grünen (*Thomas Forrer*), der auch noch was dazu sagen will. Nein, es braucht jetzt erst mal diese drei Postulate und dann braucht es eine Sonderkommission AXPO; eine Sonderkommission AXPO, wie wir eine Sonderkommission ZKB hatten, die jetzt die Probleme der AXPO – und die sind, wie es Herr Bischoff richtig gesagt hat, sicher auch in diesem Konstrukt, jetzt AXPO, vorher NOK, mit diesen vielen Kantonen zu finden. Dieser Laden ist nicht führbar, und da muss man sich mal klar werden, wer sich da einbringen soll. Ich habe nichts gegen unsere lieben deutschen Gäste in diesem Land, die sich sehr vieles im Staate Schweiz unterdessen unter den Nagel gerissen haben. Und ich habe nichts gegen ausländische Experten. Aber vielleicht braucht es auch noch einen gewissen schweizerischen Touch und braucht es auch noch bei der AXPO ein paar ganz biedere Schweizerinnen und Schweizer, die da im Verwaltungsrat auch etwas sagen. Und ein Regierungsrat oder eine Regierungsrätin schadet da sicher nicht, liebe FDP, denn ihr habt bewiesen, was mit diesen Auslagerungen alles passiert ist im Staate Zürich und Schweiz. Es ist nicht besser gekommen als vorher, es ist wirklich nicht besser gekommen. Aber wir müssen den Schlamassel AXPO jetzt endlich einmal auseinanderdividieren, eine Auslegeordnung machen. Und wir müssen uns zusammenraufen, und zwar von AL bis SVP und von parteipolitisch stark bis zu parteilos. Wir müssen endlich schauen, dass der Staat – und das sind unsere Bürger und das sind unsere Wähler – nicht weiter zu Schaden kommt. Und so, wie ich das sehe – ich habe eine Sonderprüfung verlangt und zwar durch externe

Experten und nicht irgendwelche Schweizerinnen und Schweizer, die wieder vorher schon irgendwie in die ganze Sache eingebunden waren, sondern durch externe Fachspezialisten. Das muss angeschaut werden, und ich bitte Sie jetzt: Lassen Sie diese drei dringlichen Postulate laufen und dann machen Sie vorwärts, Herr Gantner, machen Sie vorwärts, Präsident der KEVU und Mitglieder der KEVU und Mitglieder der AWU und Präsidium der AWU und gehen Sie zur Geschäftsleitung oder zu Ihren Fraktionschefs und nehmen Sie die mal zusammen, Frau Präsidentin, wie Sie sie vorher zusammengenommen haben wegen einer einfachen Änderung der Traktandenliste, und sagen Sie «wir müssen handeln». Wir müssen handeln und wir müssen jetzt diese AXPO auf einen gesunden Nenner bringen. Um das geht es.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Besten Dank, Herr Amrein, ich teile Ihre Meinung, ich muss da gar nicht nachfragen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Die Linke und auch die AL und verschiedene andere haben durchaus recht. Ich konnte selten hier ein Votum von Tobias Langenegger so total unterstützen wie zu diesem Traktandum. Und auch Markus Bischoff hat in einem recht, er denkt zukunftsicher: Der Dreck ist da, der Dreck ist angerichtet – Verzeihung –, das Unerfreuliche ist angerichtet. Und jetzt kann man sich sicher anfangen zu fragen: Wer war es? Das ist aber im Moment nicht das Wichtigste. Wichtig ist, dass wir stoppen und eingreifen. Es wurde auch schon in Aussicht gestellt, man könnte eine externe Überprüfung machen. Aber dann haben wir die Prüfungsergebnisse in fünf Jahren und das genügt nicht. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Regierungsräte, Herr Neukom und Herr Stocker, in diesen Verwaltungsrat hineingehören und das dann entsprechend mit der Bremse und allem gearbeitet werden soll, um das Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Und es ist auch richtig, was Markus Bischoff sagte: Das Ganze ist politisch angerichtet worden. Ich bin nicht der Meinung, dass das Anrichten von rechts geschah. Von rechts wurde ja immer schon gebremst bei der verfehlten Energiestrategie. Aber es ist im Moment egal, wer es angerichtet hat, ausser für die strafrechtliche Aufarbeitung, die vielleicht in späterer Zeit noch kommen wird. Wie gesagt, unsere Regierungsräte können sich schützen, indem sie genau festhalten, was nicht unter ihnen, sondern vorher gelaufen ist. Wenn man unsere Regierungsräte dann trotzdem angreift, dann kann unter Umständen auch ich einen von ihnen verteidigen; beide geht wohl nicht wegen potenzieller Kollusion, Danke.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es bedarf vielleicht noch einer Klärung, weshalb die Grünen der Re-Politisierung des AXPO-Verwaltungsrates nicht zustimmen: Vielleicht haben wir jetzt auch in dieser unheiligen Allianz hier im Kantonsrat zwischen SP und SVP doch zwei sehr unterschiedliche Motive, dieser Politisierung zuzustimmen. Das eine Motiv ist bestimmt, dass man sagt und davon ausgeht, dass der Staat bei der Governance der staatsnahen Betriebe – und man darf die AXPO durchaus als einen solchen bezeichnen –, dass man da mehr Vertrauen in den Staat hat. Das ist die Haltung, wenn ich sie richtig gehört habe, der Sozialdemokraten. Bei der Haltung der SVP spielt, glaube ich, noch anderes mit. Wenn wir daran denken, wie wichtig die Atompolitik und wie zähflüssig der Ausstieg aus der Atomenergie und wie wenig gefüllt die Rückbau- und Entsorgungsfonds sind, wenn ich daran denke, wie wenig da bis 2016 passiert ist, dann hat das bestimmt eben auch damit zu tun, dass dieser Verwaltungsrat politisch war. Was wir jetzt erlebt haben in den letzten sechs Jahren ist ein Verwaltungsrat, ist ein CEO, die klare Signale von sich geben, dass die Atomenergie nicht mehr das ist, was dieser Grosskonzern verfolgen will. Das hat bestimmt auch damit zu tun, dass dieser Verwaltungsrat nicht politisch besetzt ist und eben nicht ideologisch besetzt ist, sondern das, worin man investiert, eben auch wirtschaftlich beurteilt. Und offenbar ist eben die Atomenergie heutzutage nicht wirtschaftlich und es ist auch kein Modell, auf das man setzen kann. Ich denke, ein ideologisch besetzter Verwaltungsrat wird genau probieren, diese Kurve wieder zu nehmen. Und ich höre schon die SVP-ler im Verwaltungsrat, die dann wieder sagen: Ja klar, Atomenergie, vierte, fünfte oder und weiss nicht welche Generation, das hat Zukunft und darauf müssen wir setzen, unabhängig von einer wirtschaftlichen Überprüfung. Dieser Verwaltungsrat – und namentlich der CEO der AXPO – hat gegenüber den Medien auch gesagt, dass der Ausbau der inländischen Erneuerbaren jetzt erfolgen muss. Das sind Zeichen, die wir vom politisch besetzten Verwaltungsrat damals nie bekommen haben, obwohl wir Grünen die ganze Zeit gesagt haben, dass das längst fällig wäre. Und jetzt rufen alle danach, zum Glück auch die Bürgerlichen, dass man eben die inländischen Erneuerbaren endlich, endlich ausbaut und hierzulande Versorgungssicherheit im Energiebereich feststellt. Einfach damit es gesagt ist: Das sind die Gründe, weshalb die Grünen nicht davon überzeugt sind, dass der Verwaltungsrat wieder politisch besetzt wird. Das heisst nicht, dass wir mit der Geschäftsführung und den Problemen, die momentan vor-

handen sind, dass wir damit irgendwie in einer Form einverstanden wären, sondern wir möchten, dass untersucht wird, wir möchten, dass genau hingeschaut wird. Wir möchten auch, dass hingeschaut wird, welche Rolle die AXPO Trading, also heute AXPO Solutions, spielt, wie da die Gelder verteilt werden und warum es überhaupt und aus welchem Bereich heraus es nötig war, dass ein Rettungsschirm beantragt werden musste, auch wenn, so wie man munkeln hört, inzwischen immer noch kein Franken aus diesem Rettungsschirm an die AXPO geflossen ist. Ich danke Ihnen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Frau Ratspräsidentin, darf ich sagen «Sie schmöcket de Töff nöd» oder ist das auch nicht Deutsch oder nicht in Ordnung? Ja, ich frage Sie, ob ich das sagen darf, nachdem der Kamerad Landmann vorher zensiert wurde oder fast zensiert wurde. Sonst unterstelle ich es ihm, dem Präsidenten der Grünen; er weiss schon, was ich sagen werde. Nein, lieber Thomas Forrer, «du schmöcksch de Töff nöd». Entschuldigung, es geht jetzt doch nicht darum, dass wir hier eine Debatte machen über die vierte Generation AKW und dass wir eine Debatte machen über alles, was kaputtgemacht wurde in der Vergangenheit. Es geht darum, dass wir einen massiven Schlamassel auf dem Tisch haben, dass wir grösste Probleme haben bei der AXPO, dass wir einen CEO haben, den Sie jetzt vorher gerade gelobt haben. Ja, das ist ein politischer Appointee, diese Aussage mache ich. Er kommt irgendwo aus der Kommunikationsindustrie, versteht nix von Energie oder sehr wenig, vielleicht etwas mehr als ich, und das ist nicht viel. Es geht doch nicht um das. Es geht jetzt darum, dass man eine Auslegeordnung macht und dass man schaut, dass der Schlamassel nicht schlimmer wird. Und wir haben ein Problem. Wir haben ein Problem mit diesem Aktionärsbindungsvertrag. Wir haben ein Problem, dass diese AXPO riesige, riesige Volumen von Derivaten vor sich hinschiebt und dass sie meint, sie müsse riesige Geschäfte absichern an der Börse in Leipzig. Um das geht es. Und es geht doch jetzt nicht darum, dass man sich wieder gegenseitig Mist – hat jemand vorher gesagt – oder Dreck zuschiebt. Nein, es geht darum, dass jetzt ein paar von diesen Granden, die hier in unseren Fraktionen sitzen – und die haben wir –, zusammensitzen. Und das müssen Leute sein wie ein Herr Bischoff und das müssen Leute sein wie zum Beispiel ein Herr Brunner (*Hans-Peter Brunner*), leider tritt er zurück. Die müssen zusammensitzen und es geht darum, dass man jetzt schaut, wie man möglichst schnell die AXPO dorthin bringt, wo man sie haben will, nämlich ein Schweizer Versorger, der sich um die Versorgungssicherheit unseres

Landes und auch unseres Kantons kümmert. Der Kanton Zürich hat 36 Prozent an dieser AXPO, EKZ und Kanton zusammen, und ist der gewichtigste Aktionär. Und da können wir uns doch nicht in diesem Rat den ganzen Morgen wieder gegenseitig irgendetwas zuschieben. Schaut endlich mal voraus – dann könnt ihr noch genügend Wahlkampf machen – und nicht zurück auf das, was versaubert wurde.

Regierungsrat Martin Neukom: Ja, es ist so, Strom ist eines der zentralsten Güter für unsere Gesellschaft. Ohne Strom funktioniert nichts und deshalb ist die Versorgungssicherheit mit Strom selbstverständlich etwas sehr Zentrales. Trotzdem hat die AXPO aktuell keinen direkten Versorgungsauftrag der Eigerkantone, das ist bundesrechtlich so geregelt. Obwohl die AXPO keinen Versorgungsauftrag der Eigerkantone hat, trägt sie aber ganz wesentlich zur Versorgungssicherheit der Schweiz bei, denn die AXPO produziert jährlich rund 25 Terawattstunden Energie. Und diese wird in die Schweiz geliefert und trägt somit zur Versorgungssicherheit in der Schweiz bei. Wichtig dabei ist mir zu betonen, dass die Versorgungssicherheit eine Verbundaufgabe ist. Es ist nicht eine einzelne Firma, welche die Versorgungssicherheit sicherstellen kann, sondern es sind verschiedene Firmen und verschiedene, auch staatliche Akteure, die gemeinsam die Versorgungssicherheit sicherstellen müssen, es ist eine Verbundaufgabe.

Wichtig scheint mir zu unterscheiden zwischen zwei Rollen, die wir haben: Es ist die Rolle als Regulator und die Rolle als Eigentümer. Und wenn wir hier über die AXPO sprechen, dann ist der Regulator der Bund. Der Bundesgesetzgeber stellt die entsprechenden Spielregeln auf. Wir sind nur Eigentümer eines Marktteilnehmers und spielen entsprechend nach den Regeln, die das Bundesgesetz uns vorgibt. Leider war es in Vergangenheit so, dass diese Regeln so waren, dass es nicht sonderlich attraktiv war, in neue erneuerbare Stromerzeugungsarten zu investieren, und das ist aus meiner Sicht ein Teil des Problems, welches wir hier haben.

Nun, Sie fordern mehr politische Kontrolle über die AXPO. Ich kann das grundsätzlich nachvollziehen. Allerdings habe ich bis jetzt wenig gehört, was dann mit dieser Kontrolle genau gemacht werden soll. Denn ich vermute einfach, dass sich dann schlussendlich der Kantonsrat auch nicht ganz einig ist, wie sich die AXPO entwickeln soll. Was wollen Sie ganz genau? Was wollen Sie präzise, wenn Sie sich einigen? Wenn ich die politischen Haltungen anschau, die hier im Rat existieren, dann gehe ich davon aus, dass man sich nicht einig sein wird, wie die Strom-

versorgung der Zukunft aussieht, so wie man sich in ganz vielen anderen politischen Geschäften auch nicht einig ist. Ich denke, da ist noch einiges an Diskussion nötig.

Wie ich bereits letzte Woche ausgeführt habe, sehe ich den Regierungsrat im Verwaltungsrat als nicht zielführend an, um die bestehenden Probleme zu lösen. Ich bin aber bereit, das Postulat entgegenzunehmen, respektive die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen; dies im Sinne einer Prüfung, wie wir das eigene Controlling verbessern können. Ich muss Sie da aber nochmals daran erinnern, dass wir nicht über 36 Prozent der Aktien sprechen, sondern wir sprechen über 18 Prozent der Aktien. Die anderen 18 Prozent gehören den EKZ. Und über die EKZ hat die Regierung keine Kontrolle, nur um das hier nochmals klarzustellen, sondern die EKZ werden vom Zürcher Kantonsrat kontrolliert.

Zur zweiten Forderung, der Forderung nach der Versorgung der Eigerkantone: Das soll stärker gewichtet werden. Die AXPO soll den Strom direkt an die EKZ verkaufen. Das ist aus meiner Sicht ein sinnvoller Ansatz. Es ist mir aber wichtig, dass wir hier noch ein Missverständnis klären, wir haben nämlich zwei Ebenen. Wir haben die eine Ebene, das ist die Physik, und die andere Ebene, das sind die Geldflüsse. Und beim Strom ist das grundsätzlich getrennt. Das heisst, beim Geld ist die Frage: Wer zahlt wem für wie viel Strom und wie viel wird dafür bezahlt? Das ist das, was das Postulat fordert. Wenn es aber um Versorgungssicherheit geht, dann spielt es direkt keine Rolle, wo das Geld hinfliesst, sondern dann geht es um die Physik. Dann geht es darum, dass so viel Strom produziert wird, wie konsumiert wird. Das ist die Frage der Versorgungssicherheit. Wenn jetzt also die AXPO den Strom direkt an die EKZ liefert, dann mag das zu stabileren Preisen beitragen. Es ist aber keine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Denn um die Versorgungssicherheit zu verbessern, müssen wir mehr Strom produzieren. Und wenn der Strom anders verkauft wird, wird deswegen noch nicht mehr Strom produziert. Aber natürlich, stabilere Preise, das ist etwas, worüber man gerne diskutieren kann. Deshalb werden wir hier auch prüfen, was wir in diesem Bereich machen können. Es ist heute schon so, dass Strom von der AXPO an die EKZ verkauft wird, aber nur ein entsprechender Anteil und nicht das, was grundsätzlich möglich wäre. Wichtig ist mir dabei einfach noch zu betonen: Es bestehen rechtliche Grundlagen. Das heisst, sowohl die AXPO als auch die EKZ sind nicht frei, den Strom einfach beliebig zu kaufen und zu verkaufen. Beispielsweise sind die EKZ an das Vergaberecht, das Submissionsrecht gebunden. Sie dürfen den Strom nicht dort kaufen, wo sie

wollen, sondern dort, wo er am günstigsten angeboten wird. Weiter machen auch das Kartellrecht sowie das Obligationenrecht und das Stromversorgungsrecht des Bundes entsprechende Vorgaben, sodass die beiden nicht beliebig handeln können. Wir machen aber sehr gerne diesbezüglich eine Auslegeordnung, was unter den aktuellen rechtlichen Grundlagen, Bedingungen möglich ist. Deshalb ist der Regierungsrat auch hier bereit, das Anliegen zu prüfen, und nimmt auch dieses Postulat gerne entgegen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen, wir stimmen separat ab.

Abstimmung über KR-Nr. 330/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 330/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Abstimmung über KR-Nr. 331/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 120 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 331/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Abstimmung über KR-Nr. 332/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 332/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Die Geschäfte 6, 7 und 8 sind erledigt.

9. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Persönliche Erklärung von Urs Hans, Turbenthal, zur Corona-Pandemie

Urs Hans (Grüne, Turbenthal): Es ist aus dem Sack und die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die ganze Covid-Pandemie entpuppt sich

als die grösste Lüge, der grösste von der Schulmedizin begangene Betrug und der grösste von Ärzten je verursachte medizinische Skandal weltweit. Und es ist nicht ein Schweizer Parlament, das dieses Verbrechen endlich aufs Tapet bringt, es ist eine spezielle Corona-Untersuchungskommission des EU-Parlaments: Der holländische EU-Abgeordnete Rob Roos fragte die Pfizer-Verantwortliche (*Internationaler Pharmakonzern*) Janine Small, ob der Pfizer-Impfstoff vor der In-Verkehr-Bringung getestet wurde, ob er die Transmission des Virus auf andere verhindere. Sie sagte unmissverständlich Nein. Mit anderen Worten Pfizer und alle Beteiligten wussten von Anfang an, dass der Impfstoff nicht in der Lage war, Transmissionen zu verhindern. Aber genau dies wurde von allen behauptet, um all die Massnahmen, wie Maskentragen, Social Distancing, Hausarrest, Kontaktverfolgung, Lockdown und die Ausgrenzung Ungeimpfter zu begründen. CDC (*Center for Disease Control*), Anthony Fauci (*US-amerikanischer Immunologe*) und Bill Gates (*US-amerikanischer Unternehmer*) behaupteten «Wer sich impft, schützt sich selbst und schützt andere vor Übertragung». Geimpfte wurden in allen Medien sozial erhöht und im Glauben gelassen, sie würden solidarisch handeln. Ungeimpfte wurden weltweit von der Politik, den Medien, den Kirchen, Spitälern, Ärzten und allen in die Angst getriebenen Lämmern sozial ausgegrenzt, wirtschaftlich geschunden, denunziert und mit dem Covid-Pass in die Apartheid gestossen. Bereits im Oktober 2021 bewies eine Studie im «Lancet» (*medizinische Fachzeitschrift*), dass es keinen Unterschied gibt bezüglich Ansteckung zwischen Geimpften und Ungeimpften. Aber alle Medien haben dies bis heute verheimlicht und zensiert. Alle Täter haben dies gewusst, Statistiken gefälscht und die kolossalen Impfschäden vertuscht. Alle politischen Parteien haben total versagt. Es ging von Anfang an nicht um Gesundheit, sondern um digitale Bevölkerungskontrolle. Wir brauchten also nicht die «Weltwoche» (*Wochenzeitschrift*), um dies zu wissen, aber ich freue mich, dass wenigstens diese Leute aufgewacht sind ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Änderung der Geschäftsliste und Umwandlung einer Motion in ein Postulat

Ratspräsidentin Esther Guyer: Nun berichte ich noch, wie es heute weitergeht. Wir haben jetzt nicht unbedingt das erwünschte Pensum erreicht heute Morgen, darum kommen am Nachmittag die dringlichen Postulate der Bildung dran. Das sind Traktandum 26 (*KR-Nr. 316/2022*) und Traktandum 27 (*KR-Nr. 240/2022*). Und wenn wir

Glück haben und noch weiterkommen, geht es dann weiter mit Traktandum 9, Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen (*KR-Nr. 110b/2019*) und dann 10 (*KR-Vorlage 5481b*) und weiter mit der Gesundheit. Das ist die Planung für heute.

Dann noch ein Hinweis zu Traktandum 30, Motion Marc Bourgeois, Kantonsratsnummer 230/2022 betreffend «Keine Subventionierung der persönlichen Work-Life-Balance»: Der Erstunterzeichner wandelt die Motion in ein Postulat um. Ich bitte im Hinblick auf diese Nachmittags-sitzung – oder auf eine spätere Sitzung – um Kenntnisnahme. Also: keine Motion, sondern ein Postulat.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 31. Oktober 2022

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 21. November 2022.